

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Aus.

Abonnementspreis 50 Pf. pro Monat,  
1,50 M. pro Quartal.  
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.  
Einzelne Nummern 1 Mark.

Vereins- und Versammlungs-Anzeigen kosten die siebenpfennige  
Kolonialzelle oder deren Raum 25 Pf., im redaktionellen Teil 1 M.  
Geschäftsanzeigen werden nach Erledigung der laufenden Anstöße  
nicht mehr aufgenommen.

### Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telephon-Nr. 98. Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.  
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Telegramm-Adresse:  
Bergarbeiter-Verband Bochum.

## Die Beche Raddbod

hat am 15. Juni weiteren elf Mann ihrer Belegschaft gefündigt, alles Bergarbeiter, die schon vor dem Massenunglück auf Raddbod arbeiteten und die nicht tanzen wollen, wie ihnen vorgepissien wird. Unter den Entlassenen befinden sich selbstverständlich Zeugen aus dem bekannten Raddbod'schen Kolonieprozeß und Leute, die auch über die Zustände der Grube vor dem Massenunglück genaue Kenntnis haben! Viele Mitwissende der damaligen Grubenverhältnisse sind ja schon früher aufs Straßenpflaster geworfen oder nach dem Unglück nicht mehr angelegt worden. Welchen Zweck das alles hat, ist ja leicht zu erraten. Die Bechenverwaltung wird sich darauf gesetzt machen müssen, daß wir an geeigneter Stelle auch für diese Art Ablösungsmagimen unsere Antwort geben werden, wenn die Zeit da ist!

Die Bechenräden scheint man sehr fein spinnen zu wollen, die eingelegten Verfahren über das Massenunglück gehen auch ihre besonderen Wege. Hilft alles nichts! Die mehr als 300 Toten in der Grube sinden ihre Sühne. So oder so, keine Macht der Welt ist imstande etwa zu verbergen oder zu verdunkeln, wie das Werk und die Hunderte von Menschenleben zugrunde gingen. Dafür stehen wir ein. Nur weiter gemahrgelt und geschurriegelt, wenn auch der Standal jetzt schon zum Himmel schreit. Der Tag kommt, wo den Schuldigen von Raddbod jäh die Maske vom Gesicht heruntergerissen wird. Wie gesagt, wir hängen dafür —

## An unsere Kameraden in allen Revieren!

Schwer lastet die wirtschaftliche Krise auf der deutschen Arbeiterklasse. Mit voller Wucht bedrückt sie auch seit vielen Monaten die Bergarbeiter aller Reviere. Die Not ist eingegangen in viele Bergarbeiterfamilien, trotz harter Arbeit des Ernährers. Lohndrückereien stehen an der Tagesordnung, schlimmste Arbeiterbehandlung hat auf den Werken Platz gegriffen.

**Seit vielen Jahren war es nicht so schlimm wie heute!**

Das ist, was wir aus dem Munde alter ergrauter Bergarbeiter jetzt tagtäglich hören können! Wie Mehlstan liegt es auf der Arbeiterkraft —

Aber nicht nur die wirtschaftliche Krise hat die Not in den Arbeiterfamilien verschuldet, mehr noch die fortgesetzte steigende Vertreibung der Lebenshaltung. Alles wird teurer. Höhere Lebensmittelpreise, höhere Mieten, höhere Steuern und sonstige Abgaben! Und es ist kein Ende davon abzusehen.

In den Parlamenten ist man eifrig bemüht, dem arbeitenden Volke neue Steuern aufzuladen, welten Arbeiter- und Kleinbürgerkreisen durch eine ungünstige Zoll- und Steuerpolitik die Existenz zu untergraben. Mit einem „Gott sei Dank!“ begrüßen führende Zentralorgane, wie die „Kölnerische Volkszeitung“, Hunderte Millionen neue Steuern, die das Lebensniveau der Arbeiter und ihrer Familien noch tiefer herab drücken werden. Mit schallendem Gelächter begrüßen die Leute, die sich immer als die „Gehoben und Befest“ der Nation geben, Anträge in den Parlamenten, die die Not des Volkes durch Aufhebung gewisser Zölle und Steuern lindern sollen!!

**Wer sich nicht selbst erhalten kann, mag untergehen!**

So lesen wir in einer frömmten Kreuznacher Zeitung. Wem schickt nicht vor Zorn und Scham ob solcher unmenschlichkeit und Frechheit das Blut ins Gesicht? Die Armut und die Not wird verschont und verspotzt! Indes gehen die Höhner hin und streichen infolge der mahnenden Steuer- und Zollpolitik der letzten Jahrzehnte Hunderte von Millionen Mark in die eigenen Taschen. Sollen sie aber zu den Lasten des Staates beitragen, dann halten sie ihre Geldbeutel zu. Dann heißt es, das Volk, die arbeitende Klasse, soll zahlen und wenn es zusammenbricht! Wer sich nicht erhalten kann, mag untergehen!! Die frömmen und nationalen Junker aber gehen hin, entziehen dem Staate vielfach die Steuern, die zu bezahlen sie heute schon gesetzlich verpflichtet sind. Der Staat wird betrogen, das arbeitende Volk bedrückt bis zum Zusammenbrechen.

**Zwei Monate arbeiten schon der Familienalter im Jahre nur für die Zölle und Steuern!**

Und immer schlimmer wird es, wenn sich das arbeitende Volk nicht bald auf sich selbst besinnt.

Bergarbeiter, Kameraden! Das die Zustände sich haben so aufdringen können, daran sind zum guten Teil eine Arbeiter mit schuld, die den Zöllnern und Bucherern, den Arbeiterfeinden überhaupt keinerlich sind schuld diejenigen Christlich-nationalen Arbeiter-

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Essen.  
Druck u. Verlag von Gansmann & Co., Bochum, Wiemelhäuserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Blatt, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Führer, die fortgesetzt den christlich-nationalen Arbeitern vorpredigen, daß sie sich mit Steuer- und Zollfragen nicht abgeben sollen, weil das „ungewerkschaftliche Fragen“ sind! Diese christlichen Arbeiterschulen aber haben auch nicht den Mut, gegen die fortgesetzten Raubzüge auf die Taschen des arbeitenden Volkes Front zu machen! Im Gegenteil, sie gehen hin, verkleistern die Köpfe ihrer Anhänger, damit die Junker und Junkerinnen dem arbeitenden Volk besser das Fell über die Ohren säubern können. Werden die christlichen Arbeiter trotzdem rebellisch, dann scheut man sich nicht, diese im Namen des Christentums ruhig zu peitschen! So wird das Christentum geschändet, die Lehren des Nazarener mit den Böllern und Wucherern und ihren Nutzgängen tun, wenn er heute noch lebt? Arbeiter, denkt doch endlich darüber nach!

Arbeiter, denkt darüber nach: Alle die großen Leiden könnten gelindert werden, wenn sich alle, alle Arbeiter zu einer Familie gehörig betrachten, wenn jeder dazu beiträgt, Aufklärung unter die Massen zu bringen und wenn jeder ein Agitator wäre für seine gewerkschaftliche Organisation, für den Zusammenschluß der Arbeiter!

Kameraden, Bergarbeiter, seht Euch Euren englischen Arbeitskollegen an. Mit wenigen Ausnahmen ist die gesamte unterirdisch tätige Bergarbeiterchaft organisiert — 600 000 Mann stark! Das Vermögen der englischen Bergarbeiterorganisation beträgt 40—50 Millionen Mark. Das verzeigt unsere englischen Kameraden in die Lage, Angriffe der Wirtschaftsherren, wie sie zurzeit gegen die Bergarbeiter begonnen, abzuwehren. Die englischen Bergarbeiter vertrauen auf sich. Ob christlich oder unchristlich, alle haben sie sich unter einen Hut gesammelt. Eine große Federation schlingt das Brüderband um alle Bergarbeiter Großbritanniens.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Streit der englischen Bergarbeiter in nächster Zeit beginnt. Wir werden dann einen Kampf erleben, wie ihn die Welt bisher noch nicht erlebt hat. Und dieser Kampf wird auch die deutschen Bergarbeiter vor grohe Aufgaben stellen. Die deutschen Grubenherren haben schon hier Maßnahmen getroffen. Auch die Bergarbeiter Deutschlands werden wohl oder übel sich mit dem eb. Kampf ihrer englischen Arbeitsbrüder zu beschäftigen haben. Ihr Kampf ist unser Kampf, ihr Sieg ist unser Sieg.

Nicht untergehen wollen wir, nicht zu Helden, Sklaven wollen wir werden, wie das unsere Feinde vielfach wünschen. Wir wollen uns auch gegen jede neue Bedrückung durch Steuern und Zölle wehren. Wenn man gerecht verfahren will, mag man eine vernünftige Vermögens-, Einkommens- und Gewerbesteuer einführen. Das wäre national und christlich gehandelt. Das jetzige Steuersystem ist für die Hölle zu schlecht. Und eine Wirtschaftsordnung, die die Arbeiterklasse macht und zum Hungern zwingt, wenn zu viel Reichtum an Waren sich angehäuft haben, ist instistlich wie unchristlich und muß bekämpft werden.

Bergarbeiter, auch wir müssen den Kampf für unsere Bürger- und Menschenrechte besser führen, als es bisher gewesen ist. Wir wissen wohl, die wirtschaftliche Krise wie die Teuerung drückt uns alle. Aber das darf uns nicht abhalten, uns immer enger zusammenzuschließen im Bergarbeiterverband, wo jeder, der ernstlich um seine Lage kämpfen will, herzlich willkommen ist. Die jetzige Lage darf uns nicht mutlos machen. Wir können uns helfen, wenn wir nur wollen. Und wir wollen uns helfen, weil wir müssen. Sammelt Euch, Kameraden, zur eisernen Arbeit für den Bergarbeiterverband. Geht von Haus zu Haus, von Kamerad zu Kamerad. Schafft sie in den Verband hinein, wenn sie nicht organisiert sind. Unserer warten große Kämpfe. Sorgt, daß man Euch gerüstet vorfindet. Sorgt und arbeitet, jeder Mann ein Agitator. Dann mag kommen was da will!

## Aus dem hannoverschen Berginspektorenbericht für das Jahr 1908.

Unsere Zeitung hat die Berichte der Berginspektoren im ganzen schon gewürdigte. Der jetzige Einzelbericht ist nun keineswegs besser als alle preußischen Berichte überhaupt, eher noch um einige Noten schlechter. Schon die einheitliche Form der Berichte zeigt das preußisch-bureaucratische Schema in Übereinstimmung mit den früheren Jahren. Das Schema kann im Satz für spätere Jahre gleich stehen bleiben, nur das Zahlermaterial braucht am Jahresende hinzugefügt werden, man erleichtert so die Arbeit der Beamten. Wie in der Form, so sind die Berichte auch inhaltlich dasselbe Einheit. Überall das Bestreben, zu zeigen wie gut es doch auf preußischen Gruben für den Arbeiter besteht, ist, wie brav doch unsere Grubenbesitzer und wie undankbar oft die Arbeiter sind. Alle Gesetze zum Schutz der Arbeiter wirken ruhig abgeschafft werden, sie stehen doch nur auf dem Papier, denn unsere Grubenbesitzer plagen ja vor Arbeiterfreundlichkeit. Dass dabei die Berichte manchmal mit den Tatsachen in Konflikt geraten, sieht preußische Behörden nicht an. Ausschlaggebend ist, was in den Akten steht, was nicht drin steht, existiert überhaupt nicht.

Für das Bergrevier Süd-Hannover berichtet Herr Bergrat Most, daß im Berichtsjahr fünf Steinkohlenwerke — davon zwei fiskalisch — ein Braunkohlenwerk und sieben Kaliwerke im Betriebe waren. Die Gesamtbelegschaft betrug auf den

	1908	1907
Steinkohlenwerken	5409	5294
Braunkohlenwerken	288	234
Kaliwerken	2149	2236
Insgesamt	7846	7764

Auf den Steinkohlenwerken betrug also die Zunahme 115 Mann, auf dem Braunkohlenwerk 54 Mann, wogegen in der Kaliindustrie eine Abnahme um 87 Mann zu verzeichnen war.

Die Zahl der jugendlichen Arbeiter stieg von 79 auf 82, wobei der Bericht das Eingeständnis macht, daß gerade das fiskalische Bergwerk am Deister sich der Einstellung jugendlicher Arbeiter befürwortet hat. Herr Bergrat Schlosser in Barsinghausen hat ja mit seiner Unterdrückung jeder freien Regelung der Arbeiter und ihres Kooperationsrechts alles getan, um die Arbeiter fortzudrängen. Er klage er doch selbst in einem seiner Berichte, daß sich auf dem

Barsinghäuser Werke die Belegschaft in einem Jahre von 1850 auf 1700 verminderet habe. Diese Arbeiterflucht will man nun anschließend mit der Einstellung jugendlicher Arbeiter vertreten. Beschäftigt wurden die jugendlichen Arbeiter mit Arbeiten auf der Salze, Verladearbeit, Holzfällung in Werkstätten, Kesselreinigen usw. Das das alles, besonders Verladearbeit und Kesselreinigen, leichte Arbeiten sein sollen, wie Herr Bergrat Most meint, will uns nicht einleuchten, aber es steht halt in den Akten. Arbeiterinnen wurden nicht beschäftigt, was aber auch das einzige Erfreuliche in dem ganzen Bericht ist.

Übertretungen des Verbots der Sonntagsarbeit sind nicht zur Kenntnis des Aufsichtsbeamten gelangt! Schon diese Verhältnisse zeigen dem im praktischen Leben Stehenden, daß zwischen den Berichten Königl. preußischer Bergämter und den tatsächlichen Verhältnissen eine ganze Welt liegt. Übertretungen sind nicht zur Kenntnis gelangt, sagt der Bergrat, der Praktiker kann ihm sagen, daß nicht eine einzige Grube in seinem Bezirk existiert, die nicht verbotswidrig Sonntags hätte arbeiten lassen. Herr Bergrat Most brauchte des Sonntags nur zu passender Zeit einen Spaziergang zwischen drei und vier Werken zu machen. Die große Zahl der zur Grube wandernden Bergleute würde ihm sofort auffallen. Ganze Bergarbeiter wandern zur Sonntagsarbeit. Das sieht aber ein Bergrat nicht, die Grubenverwaltungen, welche das Verbot übertragen, werden sich hütten, der Bergbehörde hier von Mitteilung zu machen, die Arbeiter haben guten Grund in der Bergbehörde keine objektive Behörde zu sehen, haben kein Vertrauen in ihr, den Anklagen der Organisation gegenüber stopft man sich die Ohren zu und so kommt nichts zur Kenntnis, besser gesagt in die Akten der Bergbehörde.

Die Tätigkeit des Arbeiterausschusses war gering, sie beschränkte sich auf die vorgeschriebenen Sitzungen, heißt es weiter. Sie sind also „weiße Salze“ geblieben, hätte der Bericht hinzufügen können. Durch Maßregelung der Ehrlichkeit und Belohnung der Liebedienerei und Verträge haben die Grubenverwaltungen es dahin gebracht, daß den Arbeitern der Geschmack an dieser Einrichtung verloren gegangen ist. Soweit aber diese Sitzungen gesetzlich vorgeschrieben sind, benutzt man sie dazu, um den Arbeitern zu sagen, daß sie nichts zu erwarten haben und weiter hübsch artig sein sollen. Das geschieht auf den fiktiven Werken oft noch brutaler als auf Privatwerken. In Bantorf am Deister hat man den Arbeitern gesagt, daß sie überhaupt nichts zu wollen hätten, sie hätten nur zu nehmen, was ihnen gewährt würde!

Die 24ständige Wechselseitigkeit soll nach dem Bericht nur noch auf einigen Werken und zwar beim Dampfkessel- und Maschinenbetrieb bestehen. Unserer Meinung nach stimmt genug, daß sie überhaupt noch besteht. Die Bergbehörde sollte mit diesem Schändstück — angeblich einzelner Werke — ganz energisch brechen, das wäre sie der Gesundheit der Arbeiter schädig.

Im vorjährigen Jahre klagte Herr Bergrat Most ganz leise in seinem Bericht darüber, daß die Verwaltung der Gewerkschaft Hertha bei einem Streit als zu nachgiebig gewesen sei. Diese offene Parteinahme zugunsten der Grubenverwaltung empörte die Bergarbeiterchaft hier derartig, daß man Protestversammlungen abhielt und in Resolutionen an das Oberbergamt die Versezung des Herrn Bergrat Most an einen für diesen geeigneten Posten verlangte. Herr Bergrat Most ist nun zwar nicht verdeckt worden, aber so offene Parteinahme finden wir in seinem letzten Bericht nicht mehr. Dennoch ist auch in diesem Jahre dieses Kapitel in seinem Bericht recht interessant. Es heißt da: Uneinigkeit der Belegschaft mit der Werksleitung führte in einem Falle auf dem Kaliwerk Hansa Silberberg zu einer eintägigen Arbeitseinstellung. Die Belegschaft verlangte die Zurücknahme einer Kündigung, sowie die Absezung des Arbeiterausschusses! Auf die Weigerung der Werksverwaltung fuhr die Belegschaft am folgenden Tage wieder an, ohne daß die Forderungen erfüllt waren. Eine Vermittlung des Gewerbeaufsichtsbeamten hat nicht stattgefunden. Soweit der Bericht. Wir fragen nun: Wer hat der Bergbehörde diesen Bären aufgebunden? Wahr ist an diesem Bericht nur, daß eine Arbeitseinstellung stattgefunden hat und eine Kündigung erfolgt ist. Unwahr ist aber, daß diese Kündigung und die Absezung des Arbeiterausschusses als Forderung erhoben worden sei, sie konnten deshalb auch nicht abgelehnt werden. Entgegen diesem Bericht ist es Tatsache, daß der Arbeiterausschuss bei den ganzen Differenzen vermittelt hat. Alle Welt weiß hier, daß niedrige Löhne und schwere Pflichten die die Ursachen, die Kündigung und die Absezung des Arbeiterausschusses als Forderung erhoben worden sei, sie konnten deshalb auch nicht abgelehnt werden. Entgegen diesem Bericht ist es Tatsache, daß der Arbeiterausschuss bei den ganzen Differenzen vermittelt hat. Alle Welt weiß hier, daß niedrige Löhne und schwere Pflichten die die Ursachen, die Kündigung und die Absezung des Arbeiterausschusses als Forderung erhoben worden sei, sie konnten deshalb auch nicht abgelehnt werden. Entgegen diesem Bericht ist es Tatsache, daß der Arbeiterausschuss bei den ganzen Differenzen vermittelt hat. Alle Welt weiß hier, daß niedrige Löhne und schwere Pflichten die die Ursachen, die Kündigung und die Absezung des Arbeiterausschusses als Forderung erhoben worden sei, sie konnten deshalb auch nicht abgelehnt werden. Entgegen diesem Bericht ist es Tatsache, daß der Arbeiterausschuss bei den ganzen Differenzen vermittelt hat. Alle Welt weiß hier, daß niedrige Löhne und schwere Pflichten die die Ursachen, die Kündigung und die Absezung des Arbeiterausschusses als Forderung erhoben worden sei, sie konnten deshalb auch nicht abgelehnt werden. Entgegen diesem Bericht ist es Tatsache, daß der Arbeiterausschuss bei den ganzen Differenzen vermittelt hat. Alle Welt weiß hier, daß niedrige Löhne und schwere Pflichten die die Ursachen, die Kündigung und die Absezung des Arbeiterausschusses als Forderung erhoben worden sei, sie konnten deshalb auch nicht abgelehnt werden. Entgegen diesem Bericht ist es Tatsache, daß der Arbeiterausschuss bei den ganzen Differenzen vermittelt hat. Alle Welt weiß hier, daß niedrige Löhne und schwere Pflichten die die Ursachen, die Kündigung und die Absezung des Arbeiterausschusses als Forderung erhoben worden sei, sie konnten deshalb auch nicht abgelehnt werden. Entgegen diesem Bericht ist es Tatsache, daß der Arbeiterausschuss bei den ganzen Differenzen vermittelt hat. Alle Welt weiß hier, daß niedrige Löhne und schwere Pflichten die die Ursachen, die Kündigung und die Absezung des Arbeiterausschusses als Forderung erhoben worden sei, sie konnten deshalb auch nicht abgelehnt werden. Entgegen diesem Bericht ist es Tatsache, daß der Arbeiterausschuss bei den ganzen Differenzen vermittelt hat. Alle Welt weiß hier, daß niedrige Löhne und schwere Pflichten die die Ursachen, die Kündigung und die Absezung des Arbeiterausschusses als Forderung erhoben worden sei, sie konnten deshalb auch nicht abgelehnt werden. Entgegen diesem Bericht ist es Tatsache, daß der Arbeiterausschuss bei den ganzen Differenzen vermittelt hat. Alle Welt weiß hier, daß niedrige Löhne und schwere Pflichten die die Ursachen, die Kündigung und die Absezung des Arbeiterausschusses als Forderung erhoben worden sei, sie konnten deshalb auch nicht abgelehnt werden. Entgegen diesem Bericht ist es Tatsache, daß der Arbeiterausschuss bei den ganzen Differenzen vermittelt hat. Alle Welt weiß hier, daß niedrige Löhne und schwere Pflichten die die Ursachen, die Kündigung und die Absezung des Arbeiterausschusses als Forderung erhoben worden sei, sie konnten deshalb auch nicht abgelehnt werden. Entgegen diesem Bericht ist es Tatsache, daß der Arbeiterausschuss bei den ganzen Differenzen vermittelt hat. Alle Welt weiß hier, daß niedrige Löhne und schwere Pflichten die die Ursachen, die Kündigung und die Absezung des Arbeiterausschusses als Forderung erhoben worden sei, sie konnten deshalb auch nicht abgelehnt werden. Entgegen diesem Bericht ist es Tatsache, daß der Arbeiterausschuss bei den ganzen Differenzen vermittelt hat. Alle Welt weiß hier, daß niedrige Löhne und schwere Pflichten die die Ursachen, die Kündigung und die Absezung des Arbeiterausschusses als Forderung erhoben worden sei, sie konnten deshalb auch nicht abgelehnt werden. Entgegen diesem Bericht ist es Tatsache, daß der Arbeiterausschuss bei den ganzen Differenzen vermittelt hat. Alle Welt weiß hier, daß niedrige Löhne und schwere Pflichten die die Ursachen, die Kündigung und die Absezung des Arbeiterausschusses als Forderung erhoben worden sei, sie konnten deshalb auch nicht abgelehnt werden. Entgegen diesem Bericht ist es Tatsache, daß der Arbeiterausschuss bei den ganzen Differenzen vermittelt hat. Alle Welt weiß hier, daß niedrige Löhne und schwere Pflichten die die Ursachen, die Kündigung und die Absezung des Arbeiterausschusses als Forderung erhoben worden sei, sie konnten deshalb auch nicht abgelehnt werden. Entgegen diesem Bericht ist es Tatsache, daß der Arbeiterausschuss bei den ganzen Differenzen vermittelt hat. Alle Welt weiß hier, daß niedrige Löhne und schwere Pflichten die die Ursachen, die Kündigung und die Absezung des Arbeiterausschusses als Forderung erhoben worden sei, sie konnten deshalb auch nicht abgelehnt werden. Entgegen diesem Bericht ist es Tatsache, daß der Arbeiterausschuss bei den ganzen Differenzen vermittelt hat. Alle Welt weiß hier, daß niedrige Löhne und schwere Pflichten die die Ursachen, die Kündigung und die Absezung des Arbeiterausschusses als Forderung erhoben worden sei, sie konnten deshalb auch nicht abgelehnt werden. Entgegen diesem Bericht ist es Tatsache, daß der Arbeiterausschuss bei den ganzen Differenzen vermittelt hat. Alle Welt weiß hier, daß niedrige Löhne und schwere Pflichten die die Ursachen, die Kündigung und die Absezung des Arbeiterausschusses als Forderung erhoben worden sei, sie konnten deshalb auch nicht abgelehnt werden. Entgegen diesem Bericht ist es Tatsache, daß der Arbeiterausschuss bei den ganzen Differenzen vermittelt hat. Alle Welt weiß hier, daß niedrige Löhne und schwere Pflichten die die Ursachen, die Kündigung und die Absezung des Arbeiterausschusses als Forderung erhoben worden sei, sie konnten deshalb

dem Staatsanwalt. Einiges Staatsdokument kann es wohl nicht mehr geben!

Der Bericht kontaktiert dann ein Burgleben der Wöhne. Weiter heißt es: Der Gesundheitszustand der Bergleute ist gut bezeichnet! Knapp 6000 Statisten über die Anzahl der Krankheitstypen und das Burgleben des Lebensalters der Bergleute existieren für die hiesige Bergbehörde nicht, was die Werkverwaltungen für gut befinden zu berichten, wird in den Akten geschrieben und gilt als amtliche Wahrheit. Beurteilungen finden nur auf den fiktiven Werken statt. Von annähernd 6000 Mann Bergleute auf beiden Werken erhalten ganze 708 Mann Urlaub, wofür 18700 M. Entschädigung bei Übermüdung von weit über eine Million Mark gezahlt werden und das heißt man als besondere Wohltat hervor. Man sieht daraus, daß andere Leute immer noch ein ausgedehnter Urlaub nötiger zu sein scheint, als ausgemerkelten, werteschaffenden Bergarbeitern. Andererseits wieht Herr Bergrat Möst dann noch auf die Feststellung der sonstigen „angeblichen Wohlfahrtsinrichtungen“ verordnet zu haben. Wachkauen, Brausebäder, Kaffeeküchen, Kochschulen, Lebensmittelbeschaffung, Alkerverpachtung, Bibliotheken, Haushaltungskurse, Kolonien und Unterkunftsräume werden da aufgeführt. Man sieht da, um was sich nicht ein preußischer Bergrat alles kümmern will, es fehlt da nur noch, daß Bergleute als Kochlehrer fungieren müssten. Vergessen hat Herr Bergrat Möst noch, daß die Werk überall bestrebt sind, den Arbeitern den Fleißwahrheitsverband zur Bekämpfung, besonders unseres Verbandes, als besondere Wohltat zu befähren. Sind auch Badestruktungen für die Bergarbeiter recht erstaunliche Dinge, so hat der Herr Bergrat Möst noch, daß Schon im Streit, vor dem Herbst, haben die Bergleute nachgewiesen, daß die von der Grubenverwaltung feststellten Wetterkontrollen nicht den wahren Wetterbefund melden und dadurch die Bergbehörde, aber auch ihre Kameraden, täuschen und das geschieht heute noch. Am 15. April kam der Wetterkontrolleur Noe des Morgens gegen 4 Uhr in das Revier 2 und fragt den dort beschäftigten Hauer: „Steht Feuer in deiner Werkstatt?“ Der Hauer bejaht die Frage, aber trotzdem schrieb Herr Noe auf die Wettertafel rein und machte eine falsche Meldung. Vielsach fehlten die Wettertafeln überhaupt.

Der Wetterkontrolleur Franz Schmidt meldete aus Flöz 2, Revier 8

Revier 2, der 885 Metersohle, daß alles wetterfrei sei, während die Hauer das Gegenteil angaben. Wettersteiger Kremer untersuchte darauf das Ort, fand die Meldung Schmidt falsch und bestrafte ihn mit 5 M., aber Wetterkontrolleur ist er heute noch!!

Am 15. Juni stand im Flöz 20, Revier 7, Abteilung 2 — immer noch Schacht V — alles so voll Wetter, daß die Lampen ausschlugen, dennoch sollte gearbeitet werden! Erst auf Protest der Bergleute wurde die Arbeit eingestellt.

Auf der 885 Metersohle, Revier 1, Flöz 2, Ort 3, standen am 12. Juni auf der Morgenschicht die Wetter so stark an, daß die Lampen mehrfach ausschlugen, aber gearbeitet wurde trotzdem! Als der Betriebsführer später die Arbeit besuchte, rief er: „Deutel habt ihr denn keine Kopfschmerzen?“ Die Leute sagten über Kopfschmerzen, worauf der Betriebsführer ihnen sagte, sie sollten aufzuhören, aber der Steiger Einmis gestattete die Aufsicht nicht.

Auf dem Schacht II, im Flöz 7, nördlicher Berg, auf der 550 Metersohle, stand der Bergmeister im Dezember 1908 eine Stunde, doch kaum war der Bergmeister aus der Grube, ließ der Betriebsführer Hauer wieder weiter arbeiten!!

Ebenso wurde auf diesem Schacht am 17. Juni im Revier 4, Flöz F, gearbeitet, trotzdem alles voll Feuer stand und der Wetterkontrolleur Pötsch ausdrücklich warnte, dort hineinzugehen!

Am 5. Juni wurde auf Schacht VI ein Sicherheitsmuster sofort entlassen, weil er sich weigerte, abzuschließen, da unmittelbar vom Stoß die Wetter so stark anstanden, daß sie ihm die Lampe 11 mal ausschlagen hatten und das Abbrechen des Schusses eine Katastrophe herbeiführen mußte!!

Wir ersuchen das Kaiserliche Oberbergamt nochmals, die beantragte Fahrt sofort anzuordnen, unsere Zeugen vorher zu vernehmen und die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, die zur Sicherheit für Menschenleben notwendig sind.

Die Unterzeichneter, beauftragt von den Bergwerken, sämtlicher Schächte der Saar- und Moselgrube, ersuchen das Kaiserliche Oberbergamt, eine gründliche Untersuchung aller Schachtanlagen genannter Grube vorzunehmen, da nach Meinung der Bergarbeiter die bergpolizeilichen Vorschriften nicht so beachtet werden, wie es zur Sicherheit für Leben und Gesundheit der Arbeiterschaft erforderlich ist und da unsere Beschwerden von der zuständigen Bergbehörde in Saargemünd nicht gehört wurden, bleibt uns nur noch das Oberbergamt, dem wir unsere Klagen unterbreiten können, hoffend, daß von dort aus auch Remedien geöffnet werden.

Am 10. Juni stand auf Schacht V (Merlenbach) Sohle 67, Flöz 24 und 25 eine ganze Ortsstrecke so voll Wetter, daß der Betriebs-

leiter Schmidt die Arbeit stundete, aber der Obersteiger Komptester ließ des Nachmittags, als eine bergpolizeiliche Revision nicht mehr zu erwarten war, weiter arbeiten!

Auf demselben Schacht, im Flöz 12 bis 24, Steinersteiger Lange, steht nämlich noch jetzt alles voll Wetter, ungeachtet dessen wird ununterbrochen weiter gearbeitet!

Im „Keller“, auf der 885 Metersohle desselben Schachtes ist kein Einschläger angesetzt, selbst bei der Fahrt nicht und müssen die an oder abschreitenden Bergleute sich die Türen am Förderkorb selbst öffnen und schließen und der letzte, nicht mehr auf den Korb kommende Mann gibt dann das Signal zur Aufsicht!! Ein großer Widerstand gegen die Selbstfahrt. Und auf diesem Einschlag fährt der größte Teil der Bergleute an und ab! Außerdem besteht sich hier nur eine Fahrtentnahmefahrt zu dem oberen Flöz, sodass die Leute in der Aufsicht aneinander vorbei eilen müssen! Vorschlag ist, daß zwei Aufsichten, eine zum Auf- und eine zum Absteigen vorhanden sein müssen.

Um 14. Juni kamen im Flöz 21, Revier 7 drei Kameraden durch eine Explosion ums Leben. Als Ursache gibt man an, ein „unglücklicher“ Schuss. Durch Zeugen stellen wir fest, daß schon vom 11. auf 12. Juni hier ein Bläser angeschossen wurde und seitdem ständig Wetter angestanden haben, dennoch ließ man weiter arbeiten, bis drei Menschenleben vernichtet wurden!

Schon im Streit, vor dem Herbst, haben die Bergleute nachgewiesen, daß die von der Grubenverwaltung feststellten Wetterkontrollen nicht den wahren Wetterbefund melden und dadurch die Bergbehörde, aber auch ihre Kameraden, täuschen und das geschieht heute noch. Am 15. April kam der Wetterkontrolleur Noe des Morgens gegen 4 Uhr in das Revier 2 und fragt den dort beschäftigten Hauer: „Steht Feuer in deiner Werkstatt?“ Der Hauer bejaht die Frage, aber trotzdem schrieb Herr Noe auf die Wettertafel rein und machte eine falsche Meldung. Vielsach fehlten die Wettertafeln überhaupt.

Der Wetterkontrolleur Franz Schmidt meldete aus Flöz 2, Revier 8 Revier 2, der 885 Metersohle, daß alles wetterfrei sei, während die Hauer das Gegenteil angaben. Wettersteiger Kremer untersuchte darauf das Ort, fand die Meldung Schmidt falsch und bestrafte ihn mit 5 M., aber Wetterkontrolleur ist er heute noch!!

Am 15. Juni stand im Flöz 20, Revier 7, Abteilung 2 — immer noch Schacht V — alles so voll Wetter, daß die Lampen ausschlugen, dennoch sollte gearbeitet werden! Erst auf Protest der Bergleute wurde die Arbeit eingestellt.

Auf der 885 Metersohle, Revier 1, Flöz 2, Ort 3, standen am 12. Juni auf der Morgenschicht die Wetter so stark an, daß die Lampen mehrfach ausschlugen, aber gearbeitet wurde trotzdem! Als der Betriebsführer später die Arbeit besuchte, rief er: „Deutel habt ihr denn keine Kopfschmerzen?“ Die Leute sagten über Kopfschmerzen, worauf der Betriebsführer ihnen sagte, sie sollten aufzuhören, aber der Steiger Einmis gestattete die Aufsicht nicht.

Auf dem Schacht II, im Flöz 7, nördlicher Berg, auf der 550 Metersohle, stand der Bergmeister im Dezember 1908 eine Stunde, doch kaum war der Bergmeister aus der Grube, ließ der Betriebsführer Hauer wieder weiter arbeiten!!

Ebenso wurde auf diesem Schacht am 17. Juni im Revier 4, Flöz F, gearbeitet, trotzdem alles voll Feuer stand und der Wetterkontrolleur Pötsch ausdrücklich warnte, dort hineinzugehen!

Am 5. Juni wurde auf Schacht VI ein Sicherheitsmuster sofort entlassen, weil er sich weigerte, abzuschließen, da unmittelbar vom Stoß die Wetter so stark anstanden, daß sie ihm die Lampe 11 mal ausschlagen hatten und das Abbrechen des Schusses eine Katastrophe herbeiführen mußte!!

Wir ersuchen das Kaiserliche Oberbergamt nochmals, die beantragte Fahrt sofort anzuordnen, unsere Zeugen vorher zu vernehmen und die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, die zur Sicherheit für Menschenleben notwendig sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Spittel, den 21. Juni 1909.

J. Berg, P. Spies, M. Tryder.

Nachbericht der Redaktion: Unsere Kameraden haben sich an das Oberbergamt gewandt. Wir glauben, daß die Staatsanwaltschaft die rechte Instanz ist, die hier ein Wort mitzureden hat, die schon längst eingetreten sollen. Das sind ja Gruben, von denen man bald sagen kann, daß mehr Leichen und Verwundete gefordert werden, als Kohlen!

## Der bleierne Bann.

Wir wundern uns oft, wenn wir die Geschichte vergangener Zeiten lesen, über die moralische Empfindlichkeit, welche die Menschen gegenüber gewissen Schrecklichkeiten, wie den Massenmorden eines Sulla, der Kezler- und Hexenprozessen, den Mähdunklungen der Bauern u. a. in zeigen, während doch zu anderen Zeiten verhältnismäßig geringfügige Dinge, wie die Vergewaltigung einer Suffetia, die Festnahme eines Hauptmanns, ein Halsbandprozeß, zu die nicht zu ihrem Ziel führenden Wahnsinnstaten eines Hödel und Nobiling ein ganzes Volk zur Raserei auffädeln und ungeheure Veränderungen einleiten können.

Aber das gilt noch für heute. Das Ungehörigkeitste, das geradezu menschlich Unglaubliche kann geschehen; was in anderen Fällen das größte Entsetzen erregt, wird kaum beachtet, wenn es gerade nicht in der Richtlinie der öffentlichen Aufmerksamkeit liegt. Es kann kommen, daß der, welcher darauf aufmerksam macht, womöglich noch als Schachler und Querkopf gescholten wird. Wenn es gar von Seiten des Mitgliedes einer unliebhaften Mächtigkeit gesagt wird, so ist es vollauf verloren.

Das konnte man in letzter Zeit einmal wieder im Reichstag, wie im Volksdeutsch ersehen, als Dr. David einiges aus dem stenographischen Bericht über eine geheime Sitzung der Grubendirektoren mitteilte, welche eigens zu dem Zwecke gehalten ward, um die nach dem Massenmord auf der Radbodgrube von der Regierung geplante Arbeiterskontrolle über die Grubenanstände unmöglich zu machen und die „Herrschaft im eigenen Hause“, wie man es nennt, zu wahren.

David teilte in der Reichstagsitzung vom 30. März u. a. mit, Herr Generaldirektor Hüller habe bei der betriebsicherheit folgendes gesagt: In Saarbrücken habe er als Direktor der staatlichen Gruben seine Auskunft zu dem Institut der Sicherheitsmänner nur gegeben, „um Schlimmes zu verbüten.“ Über in Saarbrücken habe „die Verwaltung den Bergmann so in der Hand, daß, wenn sie ihm tüchtigt, er nirgendwo Arbeit findet.“ So könne er sagen, „ob die Arbeiterskontrolleure genau das gehalten“ hätten. „So könne uns von ihnen vorprochen.“ Es sollte die ganze Sache „so in einem Willen weiße Salbe bleiben und es ist auch weiße Salbe geblieben.“ Wenn man glauben wollte, daß die Sicherheitsmänner in Saarbrücken irgendwie dazu beigetragen hätten, Unfälle zu verhindern, so ist das selbstverständlich ein Überlaugne. Es habe sich herausgestellt, daß bei allen Erfahrungen, die sie vorgenommen haben, stets mit verschwindenden Ausnahmen in das Fahrzeug eingefüllt worden sei: „Alles in Ordnung.“ Ferner wird man sich wohl morgen auf den Zweckmaßnahmenstandpunkt stellen, und wird sagen, es ist in vielen Fällen außerordentlich begreiflich gewesen, daß die Sicherheitsmänner hatten, um uns bei großen Unglücksfällen — ich denke im Reihen — auf sie verüben zu können.

So berichtete Dr. David. Und da nun mehr viele Wochen vergangen sind, ohne daß der Bericht als Fiktion und Fälschung bezeichnet werden konnte, so muss es wohl wahr sein. Für diesen Fall muss das in Folgendem Gesagte gelten.

Es war als in jenes in verkürzten Berichten las, riefte es mir über den Rücken. Aber nun, da ich es in der ausführlichen Form von Dr. David im Zusammenhang gelesen habe, steht vor mir eine alte

erschütternde Erinnerung eines Teufels in Menschengestalt auf, jenes Massenmörders Thomas, der, um eine hohe Versicherungssumme einzuholen zu können, eine mit einem Uhrwerk versehene Dynamitladung auf ein Schiff tragen wollte, die dies auf hoher See in die Luft sprengen sollte. Zu seinem Schaden und der Insassen Ruhen ließ er sie freischaffen, ehe er das Ziel erreicht hatte.

Welch moralischer Unterschied besteht, so frage ich, zwischen diesem Manne, der, um einen Profit einzuholen, ein Schiff in die Luft sprengen wollte, und einem Grubendirektor, der, um nicht durch kostspielige Sicherheitsmaßregeln seinen Profit zu verhindern, die Feststellung von lebensgefährlichen Zuständen mit raffiniertesten Mitteln zu verhindern sucht? Ist derjenige, welcher eine Dynamitfalle in ein Schiff bringt, wirklich viel verüteilenswerter als derjenige, welcher weiß, daß solche darin sein kann, und hindert, daß daran geforscht und sie eventuell entfernt wird?

Über noch mehr: Aus den angeführten Sätzen geht hervor, daß der Grubendirektor die Sicherheitsmänner ganz geflissentlich zu dem Zwecke anstelle, um den Schein zu erwecken, als solle für die Sicherheit georgt werden, daß er aber den, welcher einen Schaden zur Sprache gebracht und auf Abhilfe gebrängt hätte, einfach fortgejagt haben würde. „In Saarbrücken hat die Verwaltung den Bergmann so in der Hand, daß, wenn sie ihm tüchtigt, er nirgendwo Arbeit findet.“ Die Maßnahme sollte nach meinem Willen weiße Salbe sein und sie ist weiße Salbe geblieben.“ Die armen „Sicherheitsmänner“ mußten also, da sie ausgeschlossen waren sonst „nirgends Arbeit“ gefunden hatten, die Augen gegen alle diejenigen Schäden, welche die Herren nicht entdeckt haben wollten, verstellen, sie mußten heucheln, sie mußten lägen, sie mußten sich der Gefährdung ihrer Kameraden mitshuldig machen, wenn sie ihr armes Leben sterben wollten.

Und damit noch nicht genug! Wenn dann danach ein Unglücksfall eintrat, so waren die Sicherheitsmänner noch obendrein die Sündenböcke, auf die man die eigene Schuld abladen konnte! „Zweckmaßnahmenpunkt“, „daß wir Sicherheitsmänner hatten, um uns bei großen Unglücksfällen auf sie herüben zu können“, nennt das der Herr Generaldirektor. Welch eine — Moral!

Aber nun die Wirkung solchen Geständnisses: Sind etwa die zuhörenden Bergleute aufgetreten und sind abgerückt von einem Manne, der ihnen so etwas sagen und zuminuten konnte, die Herren Generalsekretäre Dr. von G. Oberbergrat Lüdemann, Bergrat Williger, Bergrat Kleine und wie sie alle heißen, alle diese Herren zu der gebliebenen, aus der anständigsten, aus der am Moral und Ordnung haltendsten Gesellschaft? — Oder ist der Reichstag ohne Unterschied der Partei, als ihm David das mitteilte, etwa mit der Empörung aufgestanden, mit der er zweifellos etwa die Mitteilung angehört hätte, die Prüfung, ob Gas und elektrische Leitung im Reichstagsgebäude in Ordnung seien, sei mit Abzüg verhindert worden? — Oder ist durch den gesamten Blätterwald Deutschlands und durch allgemeine Volksversammlungen auch nur ein Hauch von derjenigen Entrüstung gegangen, welche z. B. durch alle nichtsozialdemokratischen Blätter ging, als Liebknecht beim Kaiserschloss sprach? — Oder ist auch nur der Staatsanwalt gegen Herrn Hüller wegen Gefährdung der Sicherheit in seinem Betrieb eingestritten?

## Bergarbeiter-Zeitung

Wie viel Steuern zahlt das deutsche Volk den Agrarern?

Die „Frankf. Zeit.“ schreibt: „Angesichts der hohen Benützung der Agrarier, die Finanzressourcen anderer Deutschen aufzuhören zu bringen, dürfte es angebracht sein, die breite Öffentlichkeit einmal darüber aufzuklären, welche ungemeinen Summen diese Agrarier aus der Tasche des deutschen Volkes in Form von Getreidebezügen usw. ziehen.“

Die deutsche Getreideernte betrug im Jahre 1908 in runden Ziffern:

Weizen . . . . .	87,5 Millionen D.-Rgt.
Moggen . . . . .	107,0 "
Malzgerste . . . . .	30,5 "
Häfer . . . . .	77,0 "

Die deutschen Fälle betragen für

Weizen . . . . .	5,50 M.
Roggan . . . . .	5,- "
Malzgerste . . . . .	4,- "
Häfer . . . . .	5,- "

Daher die deutschen Getreidepreise durchgehends um den Zoll höher sind, als die Getreidepreise der zollfreien Länder, ist längst verdient und zeigt übrigens folgende Gegenüberstellung! Die heutigen Preise sind durchschnittlich

in London	in Berlin
für Weizen . . . . .	27,80
Moggen . . . . .	19,75
Malzgerste . . . . .	10,50
Häfer . . . . .	18,40

Das deutsche Volk zahlt also für das unentbehrliche Nahrungsmittel fast genau um den deutschen Zoll mehr als das englische Volk, und dieser Zoll steht voll in die Taschen der Agrarier. Er beträgt für

Weizen . . . . .	20,40
Moggen . . . . .	14,80
Malzgerste	

Die Resultate der Menschenuntersuchungen sind wohl geeignet, die Rechte der Besitzenden in Deutschland zu rechtfertigen. Und auf diese Steuerchen hat die Regierung noch geringe Rücksicht genommen, hat die Geschäftsteuer zurückgezogen und eine Gewinnsteuer vorgesehen, die eine bloße Karikatur eines wirklichen Geschäftsteuergegeses ist. Dafür hat sie neue "Geschäftsteuer" vorgeschlagen, die durch die Erschwerung des Bergbaus und unsinnige Belastungen wie die Besteuerung der Feuerversicherungen fast ebenso schädlich wirken wie die indirekten Steuern.

Auch diese Untersuchung zeigt also schädigend, wie leicht eine Finanzreform ausschließlich durch direkte, den Betrieb nach seiner Leistungsfähigkeit gleichmäßig treffende Steuern zu machen wäre, selbst wenn wirklich die Regierungsforderung einer halben Milliarde so gerechtfertigt wäre, wie sie unzureichend ist. Diesen Weg hat die Sozialdemokratie vorgeschlagen, indem sie in der Finanzkommission beantragt hat, den Mehrbedarf durch eine Vermögens-, Einkommen- und Geschäftsteuer zu decken. Wenn dieser Weg nicht begangen wird, so trägt die Verantwortung dafür nicht die Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Vorschläge, sondern nur die Steuerscheu der besitzenden Klassen.

### Fremme Wünsche.

In der Nummer 180 des in Kreuznach erscheinenden "Deutschen Anzeiger" bekämpft ein Agrarier die Geschäftsteuer wie folgt:

"Für die Arbeiter ist gesorgt worden, man hat Gesetze geschaffen, damit sie sich nur in einem warmen Bett legen können, wenn sie krank und arbeitsunfähig sind; aber für größere Landwirte, die es durch Fleiß zu etwas gebracht haben, hat man kein Herz, denen nimmt man in der schwersten Stunde ihres Lebens auch noch eine ruhige Steuer ab. Warum schafft man denn, wenn man Geld braucht, nicht die überflüssigen sozialen Gesetze ab? Wer sich nicht selbst erhalten kann, mag untergehen! Wir wollen keinen sozialen Arbeitstaat, sondern einen Agraraat mit der von Gott gewollten alten Geschäftsteuerordnung, in der nichts zu knechten zu kommen werden und die Herren mehr für die Knechte tun, als für sich selbst."

Hoffentlich verhindern unsere liberal-konservativen Agrarier diesem Brachialenpakt von einem Christenmenschen zu einem Parlamentsrat, damit er seinen standesgemäßen Forderungen den gehörigen Nachdruck verleihen kann. Solche agrarischen Christenmenschen tragen übrigens selber am meisten dazu bei, den Arbeitern zu zeigen, von welcher habgierigen und schamlosen Guppe sie dank unserer famosen Wirtschaftspolitik ausgenutzt werden.

### Parasiten am Volkstörper.

In der "Abländischen Volkszeitung" ist zu lesen: "In dem Geschäftsbereich der Obersteuern für 1908 finden sich bei den Ausgaben an Steuern und Gebühren auch folgende zwei Posten: Bergwerkssteuer für die Belegschaft und Eisen für Herrn Herzog v. Arenberg 118 949 Ml. und Bergwerkssteuer für die Belegschaft Blumenthal für den Herrn Herzog v. Arenberg 92 084 Ml. Das sind zusammen 211 013 Ml. Gebühre an den Herrn Herzog v. Arenberg, während die reinen Staatssteuern für sämtliche Bezieher der Obersteuern nur 188 850 Ml. betragen haben. Der Herzog v. Arenberg, der jetzt als westfälischer Abgeordneter in den Reichstag eingezogen ist, ist mit dem preußischen Staate gemeinsam Inhaber des Bergregalts in dem ehemaligen Herzogtum Arenberg, das den heutigen Stadt- und Landkreis Beckingenhausen umfasst hat. Der Herzog hat das Recht, von den in diesem Gebiete geförderten Steinkohlen eine Abgabe für jede Tonne zu erheben. Da die Kohlenförderung in diesem Gebiete steigt, wächst auch die Kohlensteuer, die an den Herzog von Arenberg zu zahlen ist. Zurzeit beträgt diese Steuer rund 600 000 Mark!"

Das Zentrumsblatt berichtet sodann von den vergeblichen Versuchen der Bezieher, sich der Verpflichtung zur Zahlung dieser Abgabe zu entledigen. Es fügt fort: "Neben den beiden Obersteuereinheiten Schäfer und Eisen und General Blumenthal zahlen die Kohlensteuer nur noch die Bezieher Beckingenhausen und Hugo der Harpener Gesellschaft, Graf Moltke und Nordstern der Gesellschaft Phönix, Prospex der Arembergischen Gesellschaft sowie die Gewerkschaften König Ludwig und Ewald. Zu diesen abgabepflichtigen großen Bergwerken sind in letzter Zeit noch die neuen Bezieher Auguste Victoria (Vereinigte Farbenwerke) und Einschmelz-Lippe (Friedrich Krupp und Norddeutscher Lloyd) gekommen. Außerdem sind noch mehrere Kohlenhöfe in dem herzoglichen Arembergischen Gebiete im Entstehen begriffen, nach deren Fertigstellung dem Herzog v. Aremberg jährlich weit über eine Million Mark Bergwerkssteuern zustreichen dürften."

Man sieht, wie vortrefflich sich dieser durchlauchtige Zentrumsabgeordnete die herzlichen Grüürichtungen unserer göttgewollten Weisung zunutze zu machen weiß! Vor hundert Jahren ist den Arembergern im Beckingenhäuser Gebiet das Bergrecht verliehen worden. Was damals als der Bergbau noch gänzlich bedeutungslos war, als harmloser Ausweg aus diversen Schwierigkeiten erschien, die sich bei der Neuauflistung des Landes unter die Potentaten ergaben, ist inzwischen zu einem schweren volkswirtschaftlichen Schaden herangewachsen. Zu den Kohlenwürchen der Grubenbarone gefestigt sich noch ein weiterer Parasit am Volkstörper, der ohne einen Finger zu rühren und lediglich auf Grund der kleinen Klüfte längst vermoderte Diplomattchen, sich jährlich eine Million Mark aus den Tisch zahlt läßt. Wir wissen, daß die Kohlen in jenem Bezirk auch, ohne dieses Arembergische Stal nicht wohlfreier sein würden, denn was der Herzog nicht bekommt, wird verzögert schmunzelnd das Grubekapital einstreken. Wir empfinden jedes private Monopol auf Aussaatung der Bodenschäden, die dem ganzen Volk gehören, als nationale Schmach und kapitalistischen Raub, — wir empfinden aber beides mit doppelter Wucht, wenn sich überdies noch an den Grubenhäusern parasitäre Geisterzonen lediglich unter Hinweis auf verschleierte Dokumente bereichern, über deren angebliche Rechtsgültigkeit das Volksurteil resolut zur Tagessordnung übergehen würde.

Der deutsche Arbeiter soll Patriot sein und mindestens einmal am Tage hierzu schreiben. Wer das verlangt, der macht zunächst einmal das Deutsche gleich zu einer wirklichen Wohnstätte für die Arbeiter, denen es bis dahin herzlich gleichgültig sein kann, ob ihre kapitalistischen Plüscher deutsche oder fremdländisch Klingende Namen tragen, und er gebe den Arbeitern in Staat und Gemeinde jenes Maß an politischen Rechten, das das Verlangen nach den freiheitlichen Regierungssystemen Englands oder Frankreichs hinfällig macht.

## Berggesetzgebung und -Verwaltung.

### Bergbaudeputation für Preußen.

Die "Rhein-Westfälische Zeitung" meint zu berichten: "Die Bildung einer besonderen Bergbaudeputation ist für Preußen beachtigt. Nach dem Inkrafttreten der neuen Berggesetzesnovelle, das im Juli erwartet wird, wird der Handelsminister die Mitglieder für die Deputation ernennen, die sich nach Bedarf auf Gründen über bergbaulichen Fragen zu konzentrieren hat. Ihre Einrichtung wird derartig erfolgen, daß besondere Fachausschüsse gebildet werden können. Seit vielen Jahren vermisst man bereits das Fehlen eines begutachtenden Organs, das den Bergbehörden und der Zentralinstanz in bergbaulichen Fragen aller Art erforderlich soll zur Seite stehen könnte. Man hat vielfach infolgedessen Sonderausschüsse berufen, die sich mit einzelnen Fragen, z. B. Bergpolizei, Schlagwetter usw. beschäftigt und dann gutachtlich geäußert haben. Wenn auch die Erfahrungen mit diesen Einzelausschüssen durchweg befriedigend waren, so hat es sich doch als notwendig herausgestellt, daß ein ständiges, beratendes Organ geschaffen wird, das nicht nur einzelne Fragen, sondern laufend Gutachten über vorliegende Materien bearbeitet. Hierdurch werden auch die Kenntnis und Erfahrungen der Fachmänner ausgiebig nutzbar gemacht. Die Deputation wird voraussichtlich aus Vertretern des staatlichen und privaten Bergbaus, aus Werksbesitzern wie Beamten und Arbeitern bestehen."

### Die Bergarbeitergesetzesnovelle im preußischen Herrenhause.

Um Dienstag, den 22. Juni stand die neue preußische Berggesetzesnovelle im Herrenhause zur Beratung. Die von diesem Hause gewählte Kommission hatte an der Vorlage nur eine Änderung vorgenommen und zwar wurde empfohlen an Stelle der obligatorischen Verhältnisse in Wahl der Mitglieder des Arbeiterausschusses und der Sicherheitsräte, die Verhältnisse in Wahl der fakultativ einzuführen. Die Minister Dr. v. Burgsdorf und v. Puttkamer wendeten sich gegen die Novelle und wiesen auf die Auswirkung des Gesetzes durch die Sozialdemokraten hin. Vor allem meinte der letztere Herr, muß verhindert werden, daß die bergbauliche Gesetzgebung dem Reiche anhängt. Der Minister Delbrück teilte nicht die vorher ausgesprochene Ansicht, daß der Gesetzesentwurf "eine Waffe auf dem liberalen Wege" sei, den die preußische Staatsregierung jetzt wändelt?

Dann fragt der Minister auf die Sozialdemokratie an zu schimpfen, die einer Ausgleichung zwischen Kapital und Arbeit im Wege steht! Diese Kluft muß aber ausgeglichen werden. Die Vorlage sei ein Ultstaatshalterer Einsicht! Die Gefahren des Brübens werden durch die Sicherheitsräte nicht verhindert!!! Wenn das Herrenhaus die Vorlage nicht annimmt, liege die Gefahr vor, daß Preußen die sozialpolitische Gesetzgebung, soweit der Bergbau in Frage kommt, aus der Hand genommen wird!!! Professor Dr. v. Schmoller führt u. a. aus:

"Die Regierung will mit ihrem Berggesetz nur allgemein einflussen, was sie im Saarrevier längst tut und was sie dort bewirkt hat, bewirkt nicht zuletzt auch als Abwehrmittel gegen die Sozialdemokratie! Deshalb kann man im Ernst nicht behaupten, daß dies Gesetz der Sozialdemokratie vorberlich sein werde. Dagegen enthält es wahrlich gerade genug Kautelen, soweit, daß man fast sagen könnte, es sei von einem Sicherheitskommissarius ausgearbeitet worden. Großen Schaden kann die Vorlage keinesfalls anrichten, wahrscheinlich aber ist, daß sie großen Nutzen stiften wird.

Die Vorlage wird auf Antrag von Dr. v. Schmoller an bloß angenommen. Nur vereinzelt Herren stimmen dagegen."

Die Verhandlungen im Herrenhause sind sehr deutlich. Um ein Reichsvergesetz zu verhindern und weil das angenommene Gesetz schon jetzt als "weiße Salbe" betrachtet wird, darum sollte man das Gesetz auch durch das Herrenhaus annehmen. So dachte auch das Zentrum. Darum seine berühmte arbeiterschädigende Taktik!

### Aus unseren Rechtschutzbureaus.

#### Ein Erfolg unseres Verbandes.

Die Knappshaftklassen im Wachener Bezirk weigerten bisher den Unfallkranen von der 18. bis 26. Woche das Krankengeld. Vom Bergarbeiterverband ist aber stets der Standpunkt vertreten worden, daß die Knappshaftklassen auch an den Unfallkranen das Krankengeld 20 Wochen zu zahlen hätten. Für die Zeit, für die der Unfallkranken dann Unfallrente und Krankengeld erhält, also von der 18. bis 26. Woche, wird die Hälfte der Unfallrente an die Knappshaftklasse abgeführt. Ein Beispiel sei angeführt:

Dem Unfallkranken steht von der Knappshaft ein tägliches Krankengeld von 2,01 Mk. zu und von der Knappshaft-Berufsgesellschaft 3 Mk. tägliche Rente, macht also zusammen 5,61 Mk. Von der 8 Mk. Unfallrente wird die Hälfte, also 1,50 Mk., an die Knappshaftklasse zurückgezahlt, sobald der Kranke in Wlichkeit noch 4,11 Mk. erhält, oder erhalten soll.

Vorher erhielten die Unfallkranken kein Krankengeld, also nur Unfallrente 3 Mk., mithin täglich 1,11 Mk. und für die Zeit von der 18. bis 26. Woche zusammen 88,88 Mk. zu wenig ausgezahlt.

Um diese gewiß große Ungerechtigkeit für die armen Unfallkranken zu befehligen, und um den Kameraden zu ihrem Recht zu verhelfen, hat der Bergarbeiterverband an die Wurmlknappshaft mehrere Eingaben gerichtet. Die Kameraden, in dessen Namen geschrieben wurde, erhielten stets eine ablehnende Antwort. Die Vertreter des Verbandes haben im November 1908 an die Wurmlknappshaft als auch an die Schwellenknapphälfte eine Eingabe gerichtet, in der erachtet wurde, den Unfallkranken im obigen Sinne das Krankengeld auszuzaubern. Eine bestimmte Antwort haben die Unfallkranken kein Krankengeld, also nur Unfallrente 3 Mk., mithin täglich 1,11 Mk. und für die Zeit von der 18. bis 26. Woche zusammen 88,88 Mk. zu wenig ausgezahlt.

Um diese gewiß große Ungerechtigkeit für die armen Unfallkranken zu befehligen, und um den Kameraden zu ihrem Recht zu verhelfen, hat der Bergarbeiterverband an die Wurmlknappshaft mehrere Eingaben gerichtet. Die Kameraden, in dessen Namen geschrieben wurde, erhielten stets eine ablehnende Antwort. Die Vertreter des Verbandes haben im November 1908 an die Wurmlknappshaft als auch an die Schwellenknapphälfte eine Eingabe gerichtet, in der erachtet wurde, den Unfallkranken im obigen Sinne das Krankengeld auszuzaubern. Eine bestimmte Antwort haben die Vertreter des Verbandes bis heute noch nicht bekommen. Das Rechtschutzbureau des Bergarbeiterverbandes hat dann mehrere Beschwerdeschriften an das Oberbergamt in Bonn verauflaufen. Das Oberbergamt hat zu Gunsten der Unfallkranken entschieden, dem Rechtsstandpunkt des Bergarbeiterverbandes also zugestimmt. Gegen diese Entscheidung hat der Vorstand der Wurmlknappshaft Klage erhoben beim Amtsgericht in Wachen. Das Urteil ist erledigt und steht dem Unfallkranken zu Gunsten der Unfallkranken entschieden. Ob nun der Vorstand der Wurmlknappshaft sich aufzuheben gibt und den Unfallkranken das ihnen zustehende Krankengeld auszahlt, oder ob er noch weitere Gerichtsinstanzen in Wurmlbach nimmt, muß abgewartet werden. Es ist sehr zu bedauern, daß die Knappshaftgelaber an diesen Prozeß verputzt werden und daß die armen Unfallkranken solange auf ihr Geld warten müssen. Es ist doch wahnsinnig keine Kleinigkeit den armen Unfallkranken gegen 90 Mk. vorzuhalten.

Der Bergarbeiterverband wird nichts unversucht lassen, um zu erreichen, daß ein endgültiges Urteil in dieser Angelegenheit zugunsten der Knappshaftmitglieder herbeigeführt wird.

Ohne Organisation hätte dieser Prozeß niemals durchgesuchten werden können, dazu feste desfelbe zuviel Geld. Hätte unser Verband die Sache nicht durchgeschaut, würde jeder Kamerad im Falle eines Unfalls bis zu 90 Mk. Krankengeld weniger erhalten.

Die Kameraden mögen daraus lernen, wie notwendig ihre Tätigkeit für die Organisation ist. Der einzelne Bergarbeiter ist vollständig machtlos, gegenüber den Werksbesitzern. Hoffentlich sorgen die Kameraden dafür, daß das Versäumte jetzt nachgeholt wird, daß alle noch nicht organisierten Kameraden dem Verband der Bergarbeiter als Mitglied gefügt werden.

### Aus den Bergscheidgerichten.

**Döllnitz.** (Bergscheidgericht vom 10. Juni 1909.) Vorsteher: Finanzamtmann Dr. Weigel aus Freiberg. Beisitzer aus der Mitte der Arbeitgeber: Bergrat Jobst aus Gersdorf und Bergdirektor Friedemann aus Döllnitz, aus der Mitte der Arbeitnehmer: Hafer Freitag aus Zugau und Zimmerling Hönel aus Döllnitz. Zur Verhandlung standen vier Klagesachen. 1. Klage des Schuhbauers Friedrich Edwin Weber in Gersdorf gegen den Steinkohlenbauverein Concordia in Döllnitz wegen zu wenig gezahlten Lohns. Käfiger arbeitet in dem Concordia bestehenden sogenannten getrennten Gedinge und sollte den anderen Dritteln gegenüber zu wenig Kohlen geliefert haben, so daß auf sein Drittel 28 Proz. auf die zwei anderen Dritteln 45 Proz. Verdienst kommen. Er gibt dies zu, entschuldigt sich aber damit, daß er mehr Fleiß und Zeit auf das Verbauen der Arbeitsstelle habe verwenden müssen als die Kameraden der anderen Dritteln. Der Vertreter des Werkes machte geltend, daß man Weber trotzdem 30 Proz. an Lohn ausgezahlt habe und begehrte die Angaben des Käfigers bezüglich des Verbauens als nicht ganz einwandfrei. Da Weber nicht genügend Gegenbeweise erbringen konnte zog er schließlich, nach Belehrung durch den Vorsitzenden, seine Klage zurück. 2. Die Klage des Haufers Ernst Hermann Fröhlich aus Röditz, welche zum zweitenmal zur Verhandlung stand, endete mit der Verurteilung des Werkes zur Zahlung von 58,10 Mk. Lohn. Den Käfiger war aus seinen Kleidern das Lohnbuch gestohlen und der Lohn in höher Höhe abgezogen worden. Da er hierzu niemand beauftragt und der Täter bis heute noch nicht ermittelt werden konnte, machte er das Werk ersatzpflichtig. Da das Werk verjährt hatte, den Abheber des Lohnes festzustellen und Käfiger unter Eid versichert, den Lohn nicht abgehoben zu haben, wurde wie oben erkannt. Der Vorgang hat sich im Mai d. J. auf dem Steinkohlenbauverein Höhndorf (Helene-Adaschacht) abgespielt. 3. Die Klage des Bergarbeiters Hermann Hanke aus Gersdorf, welche gleichfalls zum zweitenmale zur Verhandlung stand und sich gegen den Steinkohlenbauverein Kaisergrube in Gersdorf wegen Auszahlung des Wertzuflusses bei Betriebszinsfüllung mit Beginn der fünften Krankenwoche richtete, wurde zurückgewiesen. Käfiger will beim Bergverzeichen durchgeben eines größeren Stückes Berg eine Musteldehnung erleitten haben, welche aber nach den ärztlichen Zeugnissen im Kreiskrankenhaus Zwönitz und dem zuerst behandelnden Arzt, Dr. Laubs in Gersdorf auf rheumatische Ursprung zurückgeführt wird. Auch stimmen die Aussagen des Käfigers mit dem von ihm benannten Zeugen, Hafer Süss aus Gersdorf, nicht überein. — 4. Klage des Fördermannes Christian Friedrich Seidel aus Döllnitz, gegen die Knappshaftkantone Vereinsglück in Döllnitz auf Auszahlung der Angehörigenunterstützung (Hälften des Krankengeldes) bei Unterbringung in einem Krankenhaus. Seidel erliß bei genanntem Werke einen Betriebszinsfall und wurde in der Heilanstalt Aue untergebracht. Da er ein siebzehnjähriger, lediger Mensch ist und solchen Kassenmitgliedern ein gesetzlicher Anspruch auf Angehörigenunterstützung nicht zusteht, so glaubte die Käfigenkantone, ihm diese Unterstützung verweigern zu können, obgleich sie wußte, daß Seidel seine Mutter und Geschwister mit seinem Arbeitsdienst wesentlich unterstützen. Auf Grund von § 7, Absatz 2 des Krankenversicherungsgesetzes, welcher nicht nur von Bergarbeitern, sondern von im Krankenhaus Untergebrachten, Versicherten, spricht, wurde die Kasse zur Zahlung des Anspruchs verurteilt. Unter den Begriff "Angehörige" fallen nicht allein nur die Ehefrau und Kinder.

**Die Bergarbeitergesetzesnovelle im preußischen Herrenhause.**

Um Dienstag, den 22. Juni stand die neue preußische Berggesetzesnovelle im Herrenhause zur Beratung. Die von diesem Hause gewählte Kommission hatte an der Vorlage nur eine Änderung vorgenommen und zwar wurde empfohlen an Stelle der obligatorischen Verhältnisse in Wahl der Mitglieder des Arbeiterausschusses und der Sicherheitsräte, die Verhältnisse in Wahl der fakultativ einzuführen. Die Minister Dr. v. Burgsdorf und v. Puttkamer wendeten sich gegen die Novelle und wiesen auf die Auswirkung des Gesetzes durch die Sozialdemokraten hin. Vor allem meinte der letztere Herr, muß verhindert werden, daß die bergbauliche Gesetzgebung dem Reiche anhängt. Der Minister Delbrück teilte nicht die vorher ausgesprochene Ansicht, daß der Gesetzesentwurf "eine Waffe auf dem liberalen Wege" sei, den die preußische Staatsregierung jetzt wändelt?

bestehenden Käfigindustrie endgültig zu Ende geht, wenn die verschiedenen Opponenten sich nicht noch in jüngster Stunde verstummen. Wie die Lage heute ist, erhebt sich aus der einstimmigen Annahme folgender Resolution in der Gesetzesvorlesung vom 10. Juni. Sie lautet:

"Nachdem die Versammlung zu der Überzeugung gekommen ist, daß eine Erneuerung des Syndikats unmöglich erscheint, entlädt sie die Quotenkommission aus ihrer Künste und beschließt, vor Ende Junkt eine Gesetzesvorlesung einzuberufen mit der Tagesordnung: „Auflösung des Syndikats per 1. Juli 1909.“

Der Kampf um die Quote, um den Profit will keine Solidarität, keine Gewissheit. Jeder will verdienen und möglichst viel verdienen. Warum Käfigen nehmen, warum sich in geschäftliche Verbindlichkeiten mit anderen einlassen, die der tollen Jagd nach Gewinnen usw. Schranken auferlegen könnten. Der Starke stellt sich nicht möglich allein. O, die Käfiger, die über den ungebildeten Arbeiter oft genau die Nasen rümpfen. Sie lernen von diesen noch recht viel lernen. Das heißt von den Arbeitern, die ihren Willen einer großen Sache, der Sache ihrer Organisation zu unterordnen verstehen. —

Über die Versammlung selbst wird der "Deutschen Bergwerksatg." geschrieben:

"Die heutige Versammlung sah schon vor ihrem Beginne die Vertreter der Werke in großer Zahl bestimmen. Auch die Vertreter der Werke der sogenannten Saargruppe waren zu den Verhandlungen erschienen, während Winterhald, Westerholt, Kaiserroda und Höhndorf fehlten. Die Stimmung war förmlich gedrückt. Nach Eröffnung der Versammlung erstaute zunächst Generaldirektor Graebe über die allgemeine Geschäftslage; ihm schlossen sich die beiden Direktoren Schützendorf und Kochmann an. Danach ist das Ergebnis in dem bisherigen Verlaufe des neuen Geschäftsjahrs recht befriedigend; denn es wurde, wie bereits gemeldet, in den ersten fünf Monaten ein Mehrauftrag von fast einem Millionen Mark erzielt. Davon gingen etwa sechs Millionen Mark durch die Hamburger Filiale. Die kaufmännische Partei im Syndikat hat also doch wohl recht gehabt, als sie so energetisch für die Errichtung der Hamburger Filiale eintrat. Das Ergebnis ist um so günstiger, als in Deutschland infolge der fortgesetzten Beunruhigung, welche die Zweifel an einer Erneuerung des Syndikats hervorgerufen haben, in dem Bezug von Salzen für industrielle Zwecke bzw. für die chemische Weiterverarbeitung eine allgemeine Kuriositätshaltung zu beobachten war. Kurz erörtert wurde sodann die Frage wegen Erzielung von Bruttoverschärfungen für Käfige. Sodann wurde die Frage Graeckner zur Diskussion gestellt. Es wurde einstimmig beschlossen, das Entlastungsgesuch Graeckners zu genehmigen. Damit hat diese Angelegenheit, durch welche seit Jahren die Käfigindustrie in Atem gehalten worden ist, ihre endgültige Erledigung gefunden.

Unter allgemeiner Spannung berichtete sodann der Vorsitzende, Oberbergrat Baumgau über die außerordentlichen Schwierigkeiten, welche die Verhandlungen über die Erneuerung des Syndikats bereitet haben. Er führt aus, daß namentlich das Vorge

zogen. Unter besonders erschöpfenden Umständen kann das Ministerium eine Verkürzung der Schicht auf sechs Stunden vorschreiben.

Am 8. Juli sind die Sonntagsgrüne für den gesamten Bergbau von Samstag bis 4 Uhr abends an.

Am 4. Mindestens asthochentlastende Lohnzahlung am Samstag; die Zeit der Abholung ist in die normale Schichtdauer einzurechnen. Nicht im Betriebsvertrag enthalten. Lohnabzug für solche für Beleucht, Schleifzeug und Begehrung sind untersagt.

Am 6. Schicht der Vorstandmitglieder der Gruberläden und Delegierten der Bergbaugenossenschaften gegen Maßregelungen: bei Ablösung, Entlassung oder Bewilligung von minder entlohter Arbeit besteht, wenn das Schiedsgericht der Bergbaugenossenschaft die erwähnten Maßregeln nicht mit Zweckmäßigkeit ihr gerechtigt erklärt, Strafaussetzung durch das Betriebsgericht und Verpflichtung zum Schadenerlöse.

Die Bestellung von Berginspektoren und von Bergarbeiterdelegierten. Das Berginspektorat wäre hierarchisch zu organisieren wie das Gewerbeinspektorat und hätte auch ganz analoge Besitznisse und Verpflichtungen. Die Bestellung der Unterkommission soll daran sein, daß sämtliche Betriebsauslagen, Schäfte, Strecken usw. mindestens einmal in jedem Monat besichtigt werden müssen.

Der Berginspektor hat alle seine Anordnungen zu treffen, die zur Sicherheit des Vertriebes gegen Gefahren für Personen und Eigentum erforderlich sind. Das Ergebnis der jedesmaligen Besichtigung ist von ihm in das Besuchungsbuch eingetragen, daß zur Sicherheit der Bergarbeiter bereit liegen muss. Gegen Anträge des Berginspektors kann Rekurs eingelegt werden, welcher aber bei Vorhandensein drohender Gefahr keine aussichtsvolle Wirkung besitzt.

Die Bergarbeiterdelegierten sollen von den Bergarbeitern aus ihrer Mitte auf 8 Jahre gewählt werden; sie sind Organe des Berginspektors und erhalten einen staatlichen Gehalt. Ihnen obliegt die regelmäßige Fahrtung aller Schäfte, Strecken und Arbeitsorte sowie die Prüfung aller Anlagen und Einrichtungen zum Zwecke der Sicherstellung der Vorschriften für die Sicherheit der Personen und des Eigentums; die Ergebnisse über die Erfüllung und Folgen von Betriebsvorfällen; die Sorge für die Einhaltung der gegebenen Vorschriften sowie der von dem Berginspektor getroffenen Anordnungen.

Der Unternehmer (Besitznachricht, Betriebsleiter) ist verpflichtet, dem Bergarbeiterdelegierten die Erfahrung und Wissensbildung des Betriebes in allen seinen Teilen zu ermöglichen sowie alle erforderlichen Rücksichten zu ersezten. Der Delegierte ist zur Gehemhaltung der Geschäfts- und Betriebsverhältnisse verpflichtet.

Weitere Bestimmungen betreffen den Wahlmodus und Strafanktionen.

### Zum Kampf der englischen Bergarbeiter.

Der "Frankfurter Volksstimme" wird aus London unter dem 10. Juni geschrieben. Gestern stand hier die Konferenz der Bergarbeiterunion von Großbritannien statt. Es wurde beschlossen, die nötigen Schritte zu tun, um noch vor Ende des Monats eine kombinierte Versammlung mit der Unternehmerorganisation aufzurufen, um die Kündigungen, die den Bergarbeitern von Südwalas von den Unternehmern ausgehändigt wurden, auf, am 1. Juli ablaufen. In dieser Versammlung soll über die allgemeine Lage beraten werden. Zur Unterstützung in den direkten Verhandlungen der Bergarbeiter in Südwalas mit ihren Unternehmern sind drei Vertreter der nationalen Union gewählt worden. Ob damit aber bald erreicht werden wird, ist zu bezweifeln, da die Unternehmer jede "unwürdige Einmischung" ablehnen. Die Neigung zum Kampfe ist übrigens auf beiden Seiten sehr stark. Die Arbeiter sind fest entschlossen, wenigstens in der Frage der Rohrindustrie keine Konzessionen zu machen und auch das Dreisichtslehen nicht anzunehmen. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, daß sich höhere Einfüsse einmischen werden. So hat der Schatzkanzler, Mr. Lloyd George, der bekanntlich in Wales zu Hause ist, bereits vorher das Kohlebergwerk durchföhrt, ist sogar in einer der Gruben hinabgestiegen und hat dort einmal versucht, Kohlen loszuholen. Man weiß ja, was solche Männer für einen Zweck haben. Sie sollen die Popularität des "sozialistischen" Finanzministers noch erhöhen, die ihn die liberale Presse verschafft hat. Und als Vorbereitung der endgültigen Diplomierung der Arbeiter sucht diese Presse ihnen jetzt einzureden, daß auf beiden Seiten Konzessionen gemacht werden müßten und befiehlt, daß jetzt schon die Anträge an das Ausland gingen. So hat sie es auch bei dem Kuhhandel mit den Unternehmern um das Gehej gemacht. Und jetzt wo das Gesetz angewandt werden soll, sollen die Arbeiter wiederum Konzessionen machen. Das ist liberale Politik. Es fragt sich aber, ob die britischen Bergarbeiter auch diesmal noch die Diplomierten sein wollen. Viel wird jedenfalls bei dem Konflikt von der auswärtigen politischen Frage abhängen. Sollten sich die kreisig und vielleicht auch die persönliche Frage aufdrücken, so wird man es vielleicht für besser halten, einen Druck auf die Unternehmer auszuüben, um eine Arbeitsaufstellung zu verhindern.

## Mißstände auf den Gruben.

### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

**Beche Bergmann.** Hier wurde am 9. Juni eine Bekanntmachung erlassen, daß am folgenden Tage (Freitagabend) wegen Einbauung der Leinenstrasse gefeiert würde. Trotzdem mußten an diesem Tage die Arbeiter den Weg zur Beche extra machen, weil nachmittags 2½ Uhr ausgeschlossen wurde. Das ist gelinde gesagt, sehr rücksichtslos, weil doch viele Arbeiter einen recht weiten Weg zu laufen haben. So wenig wie auf die Arbeiter nimmt man auch auf die Pferde Rücksicht, haben doch die armen Tiere in den zwei Tagen vor Freitagabend fast nichts zu fressen gekriegt. Man sollte lieber für eine Besserung der Verhältnisse sorgen, statt auf den mutmaßlichen Artikelschreiber in der "Bergarbeiter-Zeitung" Jagd zu machen.

**Beche Deutschland Schacht Beute.** Im Flöz Glückauf befindet sich hier ein sehr reparaturbedürftiger gefährlicher Steinbastei, der notwendig hätte, einmal einer gründlichen Reparatur unterzogen zu werden. Oder will man damit warten, bis ein Arbeiter sein Leben oder seine gesunden Glieder eingebüßt hat? Bei der Seilschaft dürfte besonders bei den leichten Kräften ein müßigeres Tempo eingehalten werden. Die Wohlfahrt ist sehr unsauber und enthält viel Ungezügelter. Von Januar bis Mai sind 13 Feierlichkeiten eingelagert worden, jetzt aber hält man die Leute wieder zu Überfeierlichkeiten an. Die Steiger sind sehr unzüglich, bei jeder Gelegenheit heißt es: Wenn nicht paßt, kann zu Hause bleiben. Die Herren scheinen das Sprichwort "Alzu schär macht schwart" vergessen zu haben.

**Beche Deutscher Kaiser (Schacht IV).** Auf diesem Flöz werden die Wagen ungenügend gefördert. Es ist manchmal unmöglich, daß einer allein einen derartigen Wagen schieben kann. Die neuen Wagen, die angekauft werden, spuren meistens so weit und man führt sich entweder fest, oder reift die Schienen auf. Was das heißt bei dem miserablen Gebäude, wo man seine liebe Last hat, bei regelmäßiger Förderung einen einzigermaßen auströmlichen Lohn zu verdienen, kann sich jeder leicht vorstellen, der in die Verhältnisse eingeweiht ist. Die Lampen könnten auch ein wenig besser gereinigt werden. Ist es doch schon häufig vorgekommen, daß dieselben ausgegeben wurden, obwohl der Grubendirektor noch dran hing. Auch wäre es angebracht, daß die Ausgabe der Flederlampen etwas seltener stattfinden ginge, damit man nicht so lange zu warten braucht. Ferner wäre es zu begrüßen, wenn bei der Seilschaft auf der dritten Sohle nicht allein nur ein Beamter auf der Sohle anwesend wäre, sondern auch ein Zähler, damit das Zubehör aufgehoben. Hervorragend wird die Grubendienstleitung für Abhilfe sorgen.

**Beche Friedlicher Nachbar.** Am näher die Zeit heranrückt, wo die neue Kolonie zum Betrieb eröffnet wird, umso mehr gehen Monat für Monat eine große Anzahl Arbeiter laufen. Am 15. Mai sollen 420 und am 15. Juni 520 zum gleichen Tag Arbeiter ihre Arbeit gefördert haben. Am 1. Juni sollen 17 Familien die Kolonie verlassen haben. Spricht man mit den Bewohnern der Kolonie, so hört man im allgemeinen sagen, auf einer so schlechten Beche hätten sie noch nicht gearbeitet; der Lohn und die Behandlung von Seiten der Beauftragten ist miserabel schlecht. Sobald die Mauerleute, welche an den Bauten der Kolonie beschäftigt und bei ihnen in Logis sind, fortgingen, würden auch sie die Wohnung verlassen. Trotzdem führt der Betriebsführer Beilemma ein schiediges Regiment. Eine Frau aus der Kolonie wollte, da ihr Mann nur etwas über 80 M. verdient hatte, 10 M. Beilemma haben, erhielt ihn aber nicht, vielmehr drohte ihr der Betriebsführer mit dem Hinweiswerden. Es ist daher kein Wunder, daß die Leute keine Leute halten kann, und zum Annoncieren in den Zeitungen ihre Zugangsrecht nehmen muss. Dies mag aber wenig ziehen und vermutlich man es jetzt mit anderen Mitteln. Man schütt Agenten zum Leuteunterwerben aus, was allem Anschein nach weiter zieht, weil jeder handwerkliche zum Bergmann gemacht wird. So hat ein Agent aus Langenbeck die Dortmunder Bergarbeiter besucht und dabei 11 Mann angeworben, fünf Männer hat er vorgetragen und zwei Männer aufgerufen, sowas er am 18. Juni der Beche 18 Mann zuwerben konnte. Denor die Partie

ausführen, mußten sie sich erst beim Betriebsführer Beilemma melden und wurden von diesem gefragt, ob ihnen der Agent Versprechungen gemacht hätte. Als die Leute erwiderten, es seien ihnen 4,50 M. pro Schicht verprochen worden, erklärte der Betriebsführer, der Mann habe keine Berechtigung, Versprechungen zu machen. Weiter wurde ihnen eröffnet, daß sie nur 3,50 M. pro Schicht erhalten. Am andern Tage wollten die Leute den Agenten sprechen, der aber kam nicht. Der Agent soll auch im Westen der Arbeitsstätte dieser Leute sein, wodurch dieselben gezwungen sind, so lange zu arbeiten, bis sie ihre Papiere wieder verzögern können. Ob auch ein Wurmmastat gebracht ist, entzieht sich unserer Kenntnis. So sieht man Leute durch allerlei Versprechen heran, wenn sie aber da sind, ist das Bild ganz anders.

**Beche Germany Schacht I.** Es ist wiederholt auf die unhygienischen Zustände der Washausen hingewiesen worden, wie können nun mehr konstatieren, daß die Kreiß geholfen hat. Die Verwaltung schenkt sich von der Richtigkeit der vorgebrachten Missstände überzeugt und lädt infolgedessen eine neue Washausen herstellen, dieselbe ist im Rohbau bereits fertiggestellt. Hervorragend genügt dieselbe den Anforderungen der Belegschaft.

**Beche Dagestrecke.** Hier illustriert, daß es sehr hygienisch sind hier in einer Woche passiert. Trotzdem werden die Arbeiter immer noch mehr angestrengt, obwohl bei dieser fortgesetzten Unterwerbung die Bergpolizeiverordnungen nicht beachtet werden können und ständig Unfallsachen die Polizei auf. Einer der Kameraden ist beim Holzen gebrochen verunglückt. Werde nicht häufig Dolmangels herrschen, könnte das Holzen anbrechen unterbleiben. Aber das Profitinteresse führt das nicht aus. Hervorragend sieht sich die Belegschaft bedroht, angestellt der vielen Unfälle einmal verantwortlich den Anstrengungen.

**Beche Holstein.** Diese Beche schenkt sich immer mehr zur Strafanstalt zu entwickeln, denn bestrebt wird für jede Kleinigkeit und das schwere Breit wird für die vielen Strafzettel schon fast zu klein. Am meisten wird aber bestrebt wegen unreiner oder schlecht beladener Wagen Kohlen. Es wird da keine Müllsicht vorgenommen, wenn die Wagen auch noch so einen weiten Transport hinter sich haben oder in den Strecken und Schächten aufzunehmen gestoppt werden sind. Der Transport in den Strecken geht mittels elektrischer Motoren, wodurch die Wagen selbstverständlich auch stark zusammengezerrt werden. Der Wabchühnemann ist, der am Tage die Kontrolle über die Kohlenförderung hat, kennt die Größe von ihnen nicht und daher kommt es auch vielfach, daß ohne Müllsicht auf die Verhältnisse bestrebt wird.

**Beche Hals (Kreis Becklinghausen).** Bei unserer Notiz in Nr. 24 erhalten wir von Beche Auguste Victoria unter Berufung auf das Prekgesch folgende sog. Berichtigung: "Es ist ungünstig, daß die auf Beche Auguste Victoria neu angelegten Bergleute die Fahrmarke mit M. 0,50 bezahlen müssen. Nichtig ist, daß die Fahrmarke von der Beche gratis liefert wird. Dagegen werden diejenigen Bergleute mit M. 0,50 bestrebt, welche bei der Beche ihre Marke nicht ordnungsmäßig wieder absteuern. Nichtig ist ferner, daß in der Grube Mangal an Arbeitskücken herrscht. Auch ist ungünstig, daß den Arbeitern zu hohe Abzüge für Lampenreparaturen gemacht werden. Richtig ist vielmehr, daß nur die tatsächlichen Reparaturosten erhoben werden. Hochachtungsvoll! Gewerkschaft Auguste Victoria. Schmid."

**Beche Königgrube.** Schlechte Wöhne, Straßen, viele und unhygienische Abzüge, miserabiles Gedinge u. a. sind hier an der Tagesordnung. Doch muss man sich damit schon begnügen, weil solche Nebel angeblich von "oben" herkommen und nun doch schließlich niemand etwas aus dem Hause reißen kann. Aber es muß auf's schärfste verurteilt werden, wenn das Streben verschiedener Beamten nur dahin gerichtet ist, daß Arbeiter das Leben so sauer wie möglich zu machen. Kann da der Steiger Aßhoff am 17. Juni vor einem Betriebspunkt und bestrebt den Leuten, sofort Schleife zu legen. Die Kameradschaft frug nun, was er dafür bezahlt. — "Nichts", war die ärgerliche Antwort des Steigers. Ein Kollege war nun der Meinung, daß, wenn es nichts dafür gibt, die Arbeit auch nicht gemacht wird. "Was", brauste da aber der Beamte auf. Sie wollen mit der Arbeit verwöhnen? Ich sage Sie sofort aus dem Koch hinaus!" Die Kameraden sagten schließlich nichts mehr. Man sieht also, wie weit es schon hier gelommen ist.

**Beche Westen, Brechen und Courl.** Es scheint, als ob auf diese Zeichen die Geschäftsführer der Umgebung einen gewaltigen Einfluss haben. Seit einigen Monaten haben die Kameraden sich ins Gepräge gelegt, um eine Filiale des Allg. Konsumenten von Dortmund nach Courl zu bekommen. Nachdem man merkt, daß die Sache verwirkt werden soll, z. B. in den nächsten Wochen hier eine Verkaufsstelle eröffnet wird, liegen die Kameraden, die dieses Werk gefordert haben, jeden Monat auf die Straße. Wenn sie auf einer Beche Arbeit gefunden, wird ihnen am 18. schon wieder gekündigt. Das kein Arbeiterüberschuss vorhanden ist, beweist, daß man auf diesen Zeichen jeden Monat viele Leute annimmt. Auch wird diesen in Frage kommenden Kameraden von ihren Steigern in Punkto Arbeit u. a. das beste Zeugnis ausgestellt. Ihre Tätigkeit für die Arbeiterbewegung ist den Beamten seit langer Zeit bekannt und kann dies wohl nicht der Grund der fortgesetzten Kündigungen sein. Hauerlöhne von 3,20 bis 3,80 M. gehoben nicht zu den Seltenheiten. Junge Leute, die für einen solchen Lohn auf Courl nicht arbeiten wollen und auf anderen Zeichen Arbeit suchen, deren Eltern aber in der Kolonie wohnen, werden aufgefordert, wieder auf Courl in Arbeit zu treten, da sonst ihren Eltern gekündigt würde. Auf diese Weise sucht man sich Leute zu verschaffen, die nur wenig Geld arbeiten. Die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen, wie man die Kolonien nennt, werden statt zum Segen, zum Fluch der Arbeiter. Der Durchschnittslohn, so sagte vor einigen Wochen ein Beamter aus Courl, steht hier um 80 Pf. niedriger wie auf den umliegenden Zeichen. Dies besagt jedenfalls genug. Auch die jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren müssen dreimal in der Woche zwölf Stunden arbeiten. Hervorragend sieht die Bergbehörde hier mal nach dem Rechten und macht der Verwaltung begeisternd, daß die Reparaturhauer 10 Pf. Extraablage erhalten sollen. Bis jetzt ist diesen Leuten das Geld, soweit wir feststellen konnten, noch nicht gezahlt worden. Als einzelne Kameraden vorstellig wurden, erklärte der Betriebsführer Menzel, er will es nicht so machen. Welches Werk die Arbeiterausschüsse manchmal haben, beweist wieder einmal ein Betriebsführer auf der Grube vereinigte Friederike bei Hammelsieben. Auf dieser Grube war vor wenigen Wochen eine kleine Bewegung betreffs Abschaffung des Schießgeldes. Die Arbeiter müssen nämlich die Munition noch von ihren niedrigen Löhnen bezahlen. Der Direktor erklärt einfach, daß noch so viele Kameraden gleichzeitig in dem Tag hinculieren. Als beim Arbeiten eine Tiefe von 825 Meter erreicht war, wurden etwa 40 Mann gekündigt. Diese wurden überflüssig, weil die schätzungsweise Schicht befreit und dafür die achtsündige Schicht eingesetzt wurde. Das Lebenschlechternwesen gräßiert in geradezu unheimlicher Weise. Es gibt Arbeiter, die in 10 Tagen 17 Schichten versuchen. Es ist keine Seltenheit, daß Arbeiter 87 und mehr Schichten im Monat verfahren. Die Wöhne sind unter diesen Umständen natürlich sehr niedrig. All diese Nebelstunde sind aber nur zu bestätigen, wenn sich die Arbeiter einig sind und sich der Organisation anschließen. Durch die Schießerei und die insoweit der schlechten Wöhne bedingte Erkrankung ruinierten die Arbeiter schließlich ihre Gesundheit. Das sollte den Judenfeinden doch die Augen öffnen, bevor es zu spät ist.

**Beche Wohlmeine Hütte.** Löhne und Gedinge werden über sehr willkürlich und zwar meist immer nach unten gesetzt. Am 16. erscheint einfach der Steiger und erklärt: "Von heute ab gibts so und soviel für den Wagen Kohlen." Nach der Arbeitsordnung soll der Arbeiter von einer Reduzierung des Gedinges oder Schichtlöhnes so früh in Kenntnis gesetzt werden, daß er von seinem ordnungsmäßigen Nutzungsrecht Gebrauch machen kann. Auch soll die Reduzierung erst vom 1. des folgenden Monats ab gelten. Aber es fragt, ob sie einfach. Einem Bergarbeiter geht der Arbeiter nicht, denn wie ihn, wenn er das Berggewerbe gegenwart hat, nicht schließlich noch betteln gehen muß.

**Beche Wilhelmite Victoria.** (Schacht II und III). Im vorigen Monat wurden hier Wöhne von 4,18 und 4,25 M. pro Schicht verdeckt. Wird der Betriebsführer vor einer Arbeit bestellt, so schreibt er gleich: "Keine Leistung, seite draus loslassen, dann verbietet er auch noch und dergl. Auch verschwinden mancher Kameradschaft Kohlewagen auf Minutenleiderseiten. So ist es vorkommen, daß einer Kameradschaft in zwei Schichten zwölf Kohlenwagen verschwunden sind. Bedenklich schaut die Verwaltung anderer Personen zu die Kohlennummernecke hin, die jetzt Ostern aus der Schule entlassen sind. Diese spielen manchmal mit den Nummern, als wenn die Kohlenwagen vom Himmel gereignet kämen. Auch mitzieht die Bergpolizei mal in den verschiedenen Abteilungen Umschau halten, ob zeitig Bergbahnen vorhanden sind und ob sie in Ordnung sind. Beim Unfall des Kameraden E. mußte man erst eine Bergbahn vom Schacht holen, was andertthalb Stunden dauerte, und als man dieselbe brachte, mußte sie erst zusammengezerrt werden. Gleich die Bergbehörde so etwas nicht! Auch könnte die Abortkobel besser in Ordnung gehalten werden, ist es doch vorgenommen, daß in einer Strecke ein Tag acht Tage lang voll zum Überlaufen stand und ein anderes Tag nicht vorhanden war. Auch könnte es an den Abschlägen und Bohrlöchern stottern mit der Abzahlung gehen, daß man nicht bis 8½ Uhr und noch länger auf die paar Minuten wartet muss. Passierte es doch am letzten Abschlag, daß kein Wagen mehr da war. Man ließ die Leute aber erst bis 4 Uhr warten und sagte ihnen, daß sie sollten um 5 Uhr wiederkommen. Die Verwaltung könnte auch in einen Raumräger bestellen, der die Washausen von den Schwaben in Akleraten ordentlich reinigt. Auch ist die Kanne zu klein, denn mittags ist ein Gedränge in derselben und unter den Brausen, die jeder beschreitend spricht. Auch die egyptische Fluttermus in der Washausen könnte bestellt werden.

### Oberbergamtsbezirk Bonn.

**Büderich.** Wie allorts, so hat sich auch hier die Bergarbeiterchaft aufgerichtet, um durch die Organisation ihre Lebenslage zu verbessern. Dafür aber steht noch ein großer Teil der Kameraden selbst und warten bis ihnen die gebeten werden. Daumen in den Mund stecken. Auf den hiesigen Solway-Werke hat man die Schichtzeit verlängert, ohne daß die Belegschaft dagegen Einspruch erheben hätte. Das liegt aber daran, daß noch so viele Kameraden gleichzeitig in dem Tag hinculieren. Als beim Arbeiten eine Tiefe von 825 Meter erreicht war, wurden etwa 40 Mann gekündigt. Diese wurden überflüssig, weil die schätzungsweise Schicht befreit und dafür die achtsündige Schicht eingesetzt wurde. Das Lebenschlechternwesen gräßiert in geradezu unheimlicher Weise. Es gibt Arbeiter, die in 10 Tagen 17 Schichten versuchen. Es ist keine Seltenheit, daß Arbeiter 87 und mehr Schichten im Monat verfahren. Die Wöhne sind unter diesen Umständen natürlich sehr niedrig. All diese Nebelstunde sind aber nur zu bestätigen, wenn sich die Arbeiter einig sind und sich der Organisation anschließen. Durch die Schießerei und die insoweit der schlechten Wöhne bedingte Erkrankung ruinierten die Arbeiter schließlich ihre Gesundheit. Das sollte den Judenfeinden doch die Augen öffnen, bevor es zu spät ist.

### Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

**Bezirk Braunschweig.** Wenig ist bisher von den hiesigen Braunkohlenbergarbeitern in die Öffentlichkeit gedrungen. Lange Arbeitszeit, niedrige Wöhne und zum Teil unwillige Behandlung sind auch hier der Tagesordnung. Dazu kommt noch das äußerst schlechte Statut der Helmstedter Knappenschaftsvereins, sodass die hiesigen Arbeiter alles haben, was an Benutzungsmöglichkeit möglich ist. Hauerlöhne von 3 M., 3,25 M. vor naßen Arbeiten und vor Strecken 3,80 bis 3,70 M. kommen sehr viel vor. Noch eindrücklich sind die Wöhne des Abramarkt, die Abramgebäuden werden meistens durch die Firma Döring und Schumann in Helmstedt ausgestattet und erhalten die Arbeiter dieser Firma vielfach nur 2,80 M. Was sollen wohl Familienräuber mit solchen Wöhnen anfangen? Zum Leben zu wenig und zum Verhungern zu viel. Da kann man auch die Erklärung finden, daß viele Arbeiter auf ihre Gesundheit nicht achtet und Nebenschäden über Lebenschäden verträgt. Trotz dieser niedrigen Wöhne ist auch hier versucht worden noch Reduktionen vorzunehmen. Auf den Braunschweigischen Kohlefeldern ist dieser Verlust zwar durch einen kurzen Kampf abgeschlagen und den Leuten sind Verpflichtungen gemacht worden, welche man höchstens in nächster Zeit zu umgehen gedenkt. Als die Kommission im März vorstellte, wie sie sich zu bestreiten gedenkt, ist ihr auch das Versprechen gemacht worden, daß die Reparaturhauer 10 Pf. Extraablage erhalten sollen. Bis jetzt ist diesen Leuten das Geld, soweit wir feststellen konnten, noch nicht gezahlt worden. Als einzelne Kameraden vorstellig wurden, erklärte der Betriebsführer Menzel, er will es so und so haben ich muß da abziehen. Am 1. Tag als die Leute den Arbeiterausschuss betreffe der Munition vorstellen, erhielt der Aufseher G. einen Orden für 40jährige treue Dienste. Mit dem Arbeiterausschuss wurde nicht verhandelt, sondern sie erhielten ein paar Flaschen Bier und wurden nach Hause geschickt. Ob das die Beche von der Beche stammte oder ob der Jubilar, der 40 Jahre den Preis der Unternehmer gestellt hat, dasselbe bezahlt hat, soll uns ja gleich sein. Jedenfalls gehört aber Bier trinken auf der Beche nicht zu den Funktionen des Arbeiterausschusses. Högstrawohlseitliche wollte man dem Arbeiterausschuss das Fehlen des Trunkwassers in der Grube verzeihen, denn trotzdem es ein unterirdischer Betrieb ist, hat man sich noch nicht dazu aufgeschwungen, den Leuten frisches Trunkwasser zu liefern. Zu all diesen Verhältnissen kommt noch das System der Schwarzen Bisten. Ja man schreibt nicht einmal davor zurück, jugendlichen Arbeitern jede weitere Arbeit unmöglich zu machen. So hat man auf der Grube Victoria bei Höhensieben vor einigen Wochen 10 Arbeiter entlassen, mit denen einige sogar noch nicht 16 Jahre alt sein sollen, weil sie, als sie länger als die Schicht arbeitete, sollten gefragt hatten, sie wollten es nicht. Die Eltern und Mütter von einem Teil der jungen Arbeiter haben um gut weiter gebeten und sind dieselben wieder ein gestellt worden. Aber diejenigen, bei welchen sich die Arbeitererei zeigt, werden wiederholt ausgesperrt worden. Der eine hat erst vor wenigen Wochen das 16

oder im Garten abzuschinden. Den Erfolg dieser mühseligen Arbeit steht der Kastus in die Tasche, indem er den Arbeitern niedrige Löhne zahlt. In letzter Zeit übersteigt die Entlohnung der Arbeiter aber das Maß dessen, was Arbeiter vertragen können. Lebhafte Klage wird über das Verhalten des Obersteiger Krämer bei der Gediegschauhalle geführt. Erstmals der christliche Gewerksverein seit Jahr und Tag schon im Hörz unter den fiktiven Bergleuten dominiert, ist er doch noch nicht dazu gekommen, diese unschönen Zustände zu befehligen. Da es zu konstatieren ist, dass seine eigenen Mitglieder ihm die Gefolgschaft selbst in Lohnfragen versagen. Die Bergleute haben höchstwahrscheinlich schon böse Erfahrungen mit dieser Organisation gemacht. Tantum wird genug gesagt, dass es schief das Handeln. Den besten Beweis bot dies vom christlichen Gewerksverein am 12. Juni eindeutige Belegschaftsversammlung. Der Vorstand erhöhte nicht einmal erst die Versammlung, weil zu wenig Leute da waren. Zur Vorsicht hatte man aber auch zu gleicher Zeit eine Mitgliederversammlung zur selben Zeit anberaumt und so wurde einfach erklärt, die Belegschaftsversammlung steht ab. Nicht minder haben das Lokal zu verlassen. Es war auch die günstigste Gelegenheit, sich vor den Verbündeten hinter verschlossenen Türen verstecken zu können. Wundern braucht man sich nicht, wenn man das konfusse Geschrei hört, was der "Bergknappe" in Nr. 24 vom 12. Juni über die Zustände am Harz schreibt. Wir sind der Meinung, dass wenn der Gewerksverein keine andere Methode sich eignet, kann die Harzbergleute noch lange auf Verbesserung ihrer Lage warten. Auch im Harz wird der Zeitpunkt kommen, wo es nicht werden wird.

**Halle'sche Kohlenwerke Möhlich.** Der Obersteiger dieser Mustergrube macht bekannt, dass die Schichtzeit verlängert wird, wenn das nicht passt, kann sofort seine Abteilung bestimmen. Im Winter wurde ziemlich die ganze Belegschaft abgedichtet und auf die Straße geschickt, trotzdem genügende Reparaturen vorgenommen werden konnten. Hier zeigte man den Bergmann die Plakat der Grubenprozeß. Ist der Obersteiger nun wirklich der Meinung, dass er den Bergmann noch länger als neun Stunden in einer Mustergrube aushalten kann, wo keine Ventilation vorhanden ist und fortwährend Karbidlampen im Gebrauch sind, für einen Hungerlohn von 17–20 Mark? Auch die Mittelbereit ist ziemlich stark; die Beamten stecken sich in eine Strecke, nehmen die Uhr zur Hand und laufen, welche Zeit der Schlepper für jeden Wagen braucht. Bleibt er länger, dann heißt es: "Ihr seid wohl eingeschlossen!" Kauernd, macht auf! Der letzte Mann vom Halle'schen Kohlenwerke muss sich dem Verbund der Bergarbeiter Deutschlands anschließen, nur dann kann ihr was erreichen. Denkt an das Sprichwort: Nicht betteln, nur mutig gestreiten. Der Vertrauensmann unseres Verbundes ist gerettet, in jeder Sache euch stat zu geben.

## Sachsenreich Sachsen.

**Wilhelmschacht III (Oberhohndorf).** Am Pfingstsonnabend wurde hier das Gerüst fast unter die Schelpe gerissen. Dasselbe hatte sich daran festgesessen, dass die austreibende Mannschaft (8 Mann) herausfallen mussten. Das ist die Sicherheit bei der Mannschaftsförderung zu wünschen übrig lässt, zeigt wieder dieser Unfall. Noch liegen die überlebenden Opfer des letzten Unglücks im Krankenhaus und nicht viel hätte geschehen; so waren auch diese 8 Mann, die sich auf dem Gerüst befanden, verloren. Man ist versucht, zu glauben, dass entweder die Maschinerie nicht taugt, oder die Bedienungsmaatschaft nicht zuverlässig genug sind. Wir meinen, die Bergbehörde hätte allen Grund, hier einmal gründlich nach dem Rechten zu sehen, bevor wieder sechs Kameraden ihr Leben, wie beim letzten Unglück, lassen müssen.

## Oberbergamtsbezirk Breslau.

**Kastengrube.** Auf dieser dem Benturingsgraben Bassestreem gehörenden Grube werden zahlreiche Felsenschichten eingelegt, daneben wird aber die Schichtzeit verlängert und die Leute zu erhöhter Leistung angeleitet. Statt wie bisher um  $\frac{1}{2}$  Stunden die Arbeiter jetzt meist erst um  $\frac{1}{4}$  Uhr und später ausfahren. Die Fahrten können die Arbeiter zur Ausfahrt nicht benutzen, weil sie in einem Fahrschacht zu schlecht sind, der zweite Fahrschacht aber am Tage durch eine Klappe verschlossen ist. In der Nachschacht herrscht große Unordnung. Ist die Schürze zum Aufziehen der Kleider gerissen, müssen die Arbeiter hinaufsteigen, um sie wieder zu befestigen, wobei sie sehr leicht abstürzen und sich und andere verletzen können. Auch darüber, dass den Kumpels im Schlafraum an Freitagen und Feiertagen keine Wurst und dergl. verabfolgt wird und dass sie häufig dann trockenes Brot essen müssen. Es sind viele Männer im Schlafraum tätig, welche darauf achten, dass die Kumpels in gewohnter Weise fassen und nicht zu läppig werden. Wir sind der Meinung, dass bei den schlechten Löhnern und der schweren Arbeit die Arbeiter ohnehin nicht zu läppig werden.

**Karnalfreudengrube.** Die ungünstige Zeit macht sich auch hier durch schlechte Behandlung der Arbeiter und Reduzierung der Gediegs- und Schichtlöhne bemerkbar. Die Strecken werden schlecht verbaut und gehen, weil sich niemand um die Illumination kümmert, teilweise zu Brüche. In der vierten Abteilung eine Fahrtstrecke zu Bruch, aber niemand kümmerte sich darum, die Arbeiter mussten die heruntergebrochenen Gesteinsmassen hinwegschleppen, was natürlich mit großen Gefahren verbunden ist. Auch eine Mittelstrecke gugt glücklicherweise während des Schichtwechsels zu Bruch, sodass niemand vorlebt wurde. Die Arbeiter wundern sich, dass selbst der Einsafer der schlechten Zustand der Strecken nicht sieht. Die Bewertung der einzelnen Grubenstände läuft auch sehr zu wünschen übrig. Berücksichtigt ist zwar überall vorhanden, aber berücksichtigt wird an vielen Stellen, wo es notwendig wäre, nicht. Hoffentlich sieht die Bergbehörde hier einmal bei Zeiten nach dem Rechten, bevor wieder ein größeres Unglück zu verzeichnen ist.

## Die Radbod-Kolonie vor Gericht.

II.

Um Vergleich mit der Radbod-Kolonie anstellen zu können, haben wir uns inzwischen eine ganze Anzahl anderer Kolonien im Ruhrbecken angegesehen – alle wie neue. Viele der älteren Kolonien bieten das bekannte trostlose Bild. Man wagt sich nicht hinein und doch sind sie vielleicht gesundheitlich besser im Stande, als die neuen Kolonien. Stellst du von Koloniehäusern, wie sie die Wilhelmstraße in Gelsenkirchen-Schalke zeigen, müssen wir von vorneherein ablehnen. Man spottet hier über die Dächer hinweg! Die Lüren legen sozusagen unter dem Stein. Überraschend ist es nicht besser.

Gefallen haben uns die neuen Koloniehäuser der Zeche König Ludwig in Suderwick. Sie sind meist dreistöckig, mit mehreren Eingängen, besondern Ställen usw. Die Mietpreise richten sich nach den Ställen und betragen gewöhnlich 18, 16 und 14 Mark monatlich für vier Räume. Ähnlich wie sie machen sich die neuen Koloniehäuser der Zeche Blumenthal aus, wo den Bewohnern aber noch mehr persönliche Freiheiten eingeräumt sind, als in der Ludwigsgrube. Wir sind es gewohnt, dass Kolonievierte in vielen Kolonien den Besucher schon von weitem begrüßen und ihm bedeuten, dass die bürgerlichen Freiheiten vor den Koloniezügen halt zu machen haben. Vielen dieser Höglie ist Polizeigewalt in die Hand gegeben, und ihr Beruf ähnelt dem der Wälder an Gefängnissen und Fürsorgeanstalten. Wer daran zweifelt, mache sich auf den Marsch nach der Kruppschen Kolonie bei Datteln, der Zeche Emscher Lippe zugehörig.

Gaukler ist hier der Bittschrift verboten, die Damen der Beamten bemühen sich, der Fröhlichkeit der Koloniebewohner nachzuempören. Spielt irgendwo ein Bergmannslavier oder ein Grammophon – die Freiheit wird nicht lange dauern! Müßigkeiten Menschen wird das Betreten der Kolonie selbstverständlich verboten. Geschäftsfreunde, die Kunden suchen oder solche bedienen, werden mit Strafmandaten bedroht, die nachher gerichtlich bestätigt werden. Müßig verbietet man auch den Voten der "Bergarbeiter-Zeitung", das Betreten der Kolonie. Wie weit unter solchen Umständen eine Kolonie sich von einer Gefängnisanstalt unterscheidet, mag sich jeder selbst ausdenken. Die Kolonie der Zeche Emscher Lippe macht nach außen hin einen ähnlichen Eindruck wie eine Villenkolonie, ähnlich wie die von Radbod. Nur sind die Wohnhäuser größer angelegt, vielfach kleinere Unterbaue, riesenhafte Dächer. Die Koloniehäuser sind unterkellert, die Arbeiterwohnungen nicht! Die Keller sind als Börderräume der Wohnung etwas eingelassen und von draußen her mit einer hohen Lehmmauer umgeben. "Damit nötige Kühe da ist!" Das Kolonieterrain ist eine Sandstache, jedoch feucht. Wofür kann man sich häufen vor. Kurz und gut, diese Kolonie hat große Ungnade mit der Radbod'schen.

Es war die höchste Zeit, dass einmal in einem Prozeß auch die Koloniehäuser aufgerollt wurden. So etwas wird erwartet. Nur, dass es erst zu Prozessen von tagelanger Dauer und schließlich zu Bestrafungen kommen muss, ehe sich etwas ändert, das ist das Schlimme an uns. Es genügt nicht einmal ein Prozeß dazu, mehrere müssen es

sein. Der Standort, der ausgewählt, kann zum Himmel schreien – was kommt es den Dächern! Wie erleben im Ruhebetrieb den Germania-Prozeß, Baccareprozeß, Prozeß der Knappshoff? Es geht gegen Faustang; wie haben den Schanksperronenprozeß hinter uns, die Prozesse ausführlich der Massenunglücke, der Gelsenkirchener Wasserprozeß, der Recklinghäuser Polizeiprozeß und viele andere liegen hinter uns, anbereit werden noch kommen.

Wie kommen solche Prozesse zustande? Sagen wir es offen heraus. Wenn sich die Zustände zuspielen, der vielfachen Geschäftigkeit keinen Ende kommen will, dann heißt es: Drängt zum Prozeß, damit es die Welt erfährt, wie die Dinge liegen! Und es ist die Preise, die sich dann dieser oft unankurbaren und gesellschaftlichen Aufzehrung unterziehen müssen. Die meisten dulden sich. Aber immer werden sich solche finden, die die Sachen in die Hände nehmen. Nachdem alles Klagen nicht geholfen, dann heißt es vorgehen. Soht man langsam zu, stört sich kein Mensch daran. Die Nebenstände bleiben. Es dann, wenn im berechtigten Forn ein derbes Wort aus dem Redeklos liegt, stecken die Betroffenen die Köpfe zusammen. Und der öffentliche Anklager liegt aus. Er will dem Recht zum Siege verhelfen! Oder die Betroffenen weichen selbst vor der öffentlichen Meinung zurück, verlassen sich auf die Gerichte oder gehen aus irgend einem andern Grunde weg vor. Es kommt zum Prozeß. Ein Zeuge tritt nach dem andern auf. Unerhörte Zustände werden aufgedeckt. Das Material war nicht vorhanden, als sich die Kläger dachten! Ein Verhandlungstag reicht nicht aus, es folgt der zweite, dritte und vierte usw. Schlag auf Schlag trifft die Kläger. Die Volksstimme ist sich einig: Der Prozeß war eine Notwendigkeit, der lezte Ausweg, um eine gerechte Sache zum Siege zu führen. Dem Angeklagten springt die öffentliche Meinung bei. Und der Schluss: "Die Mängel, die kritisiert worden sind, seien nicht so groß gewesen, dass die Vorwürfe berechtigt gewesen seien". Der Angeklagte wird verurteilt, die Anklager schleichen sich nach Hause, aber nicht mit der Genehmigung, die Sieger zur Schau tragen. Alles ist sich einig, dass die Rollen im Gerichtssaal vertauscht waren. Aber es gibt Büchstäblich im Gesetz, die immer und ewig unverstanden bleiben werden, doch sie werten! Sie treffen den Mutigen, der es wagte zu sagen, was ist, zu deutlich, zu groß. Wer darf das Kind beim rechten Namen nennen?

So war's in allen angestellten Prozessen, so war's auch im Radbod-Prozeß. Die schlimme Arbeiterbehandlung wie die Koloniezustände auf Radbod waren kritisiert worden. Die Wohnungen wurden Hundertstausend gehoben, trotz ihrem östlichen Charakter. Über schlechte Behandlung wird keinem Bergarbeiter zu tell und die Wohnungen sind alle smart, über alle Kritik erhaben! Also wird gelagert. Es folgte dann der Prozeß, der nicht als eine Woche die Interessenten in Atem hielt.

Beweisen wurde die schlimme Arbeiterbehandlung, die sich ja noch bis heute auf Radbod, trotz aller Vorwürfe, fortgesetzt hat. Die Tagesspreche hat über die Beleidigung elogios berichtet, über beides, über die Arbeiterbehandlung wie die Wohnungszustände, wie sie auf Radbod waren, istklärung geschaffen.

Der Bau der Kolonie glich auf Grund und Boden, wo sich die Grundbedingungen abgeben für Epidemien. Die Häuser, nicht unterteilt, mit dünnen Wänden versehen, standen auf einem Grunde, der feucht und nah war. Schon bei 40 Centimeter Tiefe zeigten sich die Grundwässer, die bis in die Wohnungen stiegen. Die Kanalisation der Kolonie wurde als unzureichend nachgewiesen. Wie selbst sind oft in dem Dreck der Kolonie stehen geblieben. Von den Wänden der Wohnungen tropft das Wasser und dieses wieder vermödet Möbel und Kleidungen. Kann da die Kälte, dann war's kaum zum aushalten. Die Folge waren Erkrankungen aller Art, die auf Wohnungsvorhaltung zurückgeführt wurden. Krankheiten, die zum Gaubium der Leute als auch der Sachverständigen mit Schmerzen und harschen Ziegelsteinen geholt werden sollten! Und Krankheiten, die schnell zu heilen nicht möglich war, weil den Arbeitern das nötige Kleingeld fehlt. Pläne müssen in den Wohnungen und Gras aus den Dälen heraus. "Ich las nur, wenn das Haus einsällt, bauen wir ein neues!"

Den Arbeiterfamilien erschien die Kartoffeln, wie sie dieselben auch zu schulen versuchten. Das Trinkwasser war ekelhaft, führte gleichfalls zu Krankheiten, war braun, oft stinkig. Männer wurden mit ausgeleuchtet. Auch ein Grube und Borte und Brunnen! Hier und dort ergänzen sie sich. Die Bache aber war stark, baute darauf los, auch gegen den Willen der Behörden. Aber was sollen wir noch sagen. Ist nicht alles ausgedrückt in den Worten des Sachverständigen Dr. Dithmer:

"Bei der Versorgung einer Kolonie als Wohltätigkeitseinrichtung kann es aber auch nicht genügen, wenn ein Terrain nutzbar gemacht wird, das erhebliche Mängel aufweist, wohingegen besseres Terrain für industrielle Zwecke reserviert bleibt. Wenn im übrigen solche Abhängigkeitsverhältnisse zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter als Mieter der Wohnungen geschaffen werden, dann muss auch dafür gesorgt werden, dass wirklich Zuständig obektiver Art getroffen werden. Davor kann aber hier auf Radbod keine Rede sein. Der Mangel an jedem ethischen Gesichtspunkt ist im übrigen direkt auffallend. In der Grube auf Radbod ist die Katastrophe im vergangenen Jahre eingetreten, aber auch die Katastrophe auf der Kolonie wird nicht ausbleiben. Ich bin überzeugt, dass der Geheimrat Wiedemannspraktikum von der Regierung in Ahaus, wenn er darüber zu bestimmten hätte, die gesamten Wohnungen auf Radbod schlichten lassen würde. Gottes Mädel mahlen langsam, aber sie werden auf der Kolonie Radbod um so sicherer mahlen." Auf Fragen erklärte der Gutachter noch, dass die Wohnungen zur Zeit des Erscheinens des Artikels gesundheitsgefährlich gewesen seien und dass es ein Verbrechen sei in solchen Wohnungen Menschen überhaupt wohnen zu lassen."

Dieses Gutachten stand nicht einzig da, andere Sachverständige befundenen ähnlich. Der Herr Nobentläger, der Grubekommissär, war bei diesem Gutachten? Vorher verstand er noch zu lachen, wie auch ein Zeuge nach dem andern auftrat. Erst zum Schluss überkam ihn wohl der wirkliche Ernst, ein Ernst der Situation, dennoch erledigte er die Genugtuung, dass dem angeklagten Redakteur der Dortmunder "Arbeiter-Zeitung" die Berufung verweisen wurde. Es blieb bei der Strafe der ersten Instanz. Von Rechts wegen. Indessen klängt das Lied der Wohltätigkeitsverbund weiter. Alter Text und alte Melodien —

## Aus dem Kreise der Kameraden.

### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

#### Ohne Quellenangabe.

Der bekannte günstige Wind hat uns folgendes Pamphlet des Vereins für die bergbaulichen Interessen, welches dem Wunsche der Geschäftsführung gemäß nicht nur von der gesamten Unternehmung, sondern auch der bürgerlichen und der Zentralspresse ohne Quellenangabe abgedruckt wurde, auf den Redaktionstisch gebracht:

"Sozialdemokratische Zeicherei."

Man schreibt uns!

Im August 1908 veröffentlichte die "Bergarbeiter-Zeitung", das Organ des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes, einen Artikel, in dem von unaufenden Gerüchten gesprochen wurde, wonach in dem vor etwa drei Jahren verhandelten Borsiusprozeß unter Giswillemaltese Auslagen zugunsten des angeklagten Betriebsführers der Zeche gemacht sein sollten. Es wurde an die Bergbehörde und an die Staatsanwaltschaft die Aufforderung gerichtet, diesen Gerüchten, wenn sie auch hältlos seien, nachzugehen, da die Namen der Personen, welche in dem Prozeß die Unwahrheit gesagt haben sollten, namhaft gemacht werden könnten.

Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung der Angelegenheit in die Wege geleitet, die, wie vorausgesprochen war, vollständig ergebnislos verlaufen ist. Auf eine Anfrage der Bergbehörde hat die Staatsanwaltschaft mitgeteilt, dass die angestellten Ermittlungen keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben haben, dass in dem Spanioprozeß gegen den Betriebsführer der Zeche Borussia ein Meineid geschworen sei, oder eine Verleitung zum Meineid stattgefunden habe.

Es durfte angebracht sein, angezeigt, dieses Ergebniss der Untersuchung an die maploren Zeichereien zu erinnern, die von der Sozialdemokratie auf Grund der angeblich unaufenden Gerüchte getrieben worden sind. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Sachse kam in einer dem Radbodprozeß abgehaltenen Bergarbeiterversammlung auf den Radbodprozeß zu sprechen und führte dabei nach einem Zeitungsbericht folgendes aus:

"Mehrere Zeugen hätten es bereits ausgespielt, dass sie nicht bei der Wahlkampfgesellschaft seien. Diese Leute seien nur für die Wähler abgebrannt und man habe die Betreffenden wegen Brandstiftung verhaftet. Man weiß über das nicht zu sagen. Man setzt angelegt sein könnte, die Zeugen zu bestimmen."

Man weiß wohl mit Sicherheit anzunehmen, dass das Gericht, in dem Radbodprozeß seitens Meineid geschworen, von den Gegnern der Bergarbeiter für den Verhauptung ausgestreut ist. Das aber der sozialdemokratische Organisationsleiter unter Hinweis auf dieses Werklich sich den Nutzen gibt, als halte er die Werkverwaltungen bzw. die zu ihnen stehenden Beamten und Arbeiter des Werkes und der Brandstiftung sündig, überstieg doch wahrlich alle Grenzen. Man kann es den Bergarbeiter nicht verargen, dass sie keine Melung haben, sich mit diesen Leuten, denen in ihrem Hau gegen die Arbeitgeber jedes menschliche Empfinden abhanden kommen zu sein scheint, in Verhandlungen legen, welcher Art einzulassen."

"Offen-Muhr, den 22. Juni 1908.

#### Vereinliche Redaktion!

Wir stellen Ihnen die vorliegenden Ausführungen zur Veröffentlichung in Ihrem geschätzten Viente ohne Quellenangabe ergeben zur Verfügung.

Für die Übertragung eines Belegeemplars wären wir Ihnen sehr verbunden.

Gütigste!

Die Geschäftsführung des Vereins für die bergbaulichen Interessen.

v. Löwenstein."

**Ohne Quellenangabe!** Die Geschäftsführung des bergbaulichen Vereins schämt sich demnach, die von ihr verbreiteten Unterstellungen und Verdächtigungen offiziell mit ihrer Firma zu decken. Über eine gewisse Presse und vor allem die Zentralspresse, die sich immer so arbeiterfreundlich gehalten, schämt sich nicht, dass sie diese Methoden abzubilden. Es ist nichts so fein gepunktet, es kommt doch an die Sonne! Nun seien wir einmal die treibende Quelle kennen, aus der seit längerer Zeit all die Verdächtigungen und Verhüllungen gegen unsern Verband stießen und von wo aus jedesfalls auch der Verhüllungsswindel gegen unsere Zeitung inszeniert wird. Es ist die Geschäftsführung des Vereins für die bergbaulichen Interessen. Der Geschäftsführer dieses Vereins, Herr von und zu Löwenstein, hat am 80. Januar 1908 in der Delegiertenversammlung des Centralverbandes deutscher Industrieller in Berlin ein Referat über die Vergesellschafts-Novelle betr. die Sicherheitsmänner gehalten, wobei er einen Artikel des Kameraden Hu über englische Bergarbeiterverhältnisse aus der "Bergarbeiter-Zeitung" vom 14. Juli 1908 in einer Weise zitierte, dass dieser ihm in Nr. 9 der Bergarbeiter-Zeitung von 1908 u. a. folgendes ins Stammbuch schrieb, ohne dass der Herr bisher eine Antwort zu geben wusste:

Herr von und zu Löwenstein hat also ein verjüngtes, darum unwahres Referat über meinen Artikel erstattet, dadurch die vorhandenen Gegenseite absichtlich, wohlüberlegt verschärft. Ob eine solche Artierung im Grundsatz: "Abel verpflichtet" entspricht, darüber mag Herr von und zu Löwenstein nachdenken. Auch wir empfehlen dem Herrn, darüber nachzudenken, ob es dem Grundsatz "Abel verpflichtet" entspricht, in solcher Weise, wie es durch obiges Pamphlet geschieht, seige aus dem Hinterhalte über einen anständigen Begier heraufliegen. Das die Vergesellschaftung für uns noch nicht erledigt ist, weiß auch Herr von und zu Löwenstein. Als uns mitgeteilt wurde, dass der Staatsanwalt das Verfahren eingestellt, schrieben wir in der Nr. 21 der Bergarbeiter-Zeitung von 1908:

Damit ist die Sache für den Staatsanwalt erledigt, für uns nicht. Bei der Vernehmung des Nebalktiers Wagner wurde diesem ein vielseitiges Schriftstück konfisziert, das von einem Beamten hergestellt, der auf Borsius beschäftigt gewesen war. Das Schriftstück enthält eine Reihe von schweren Beschuldigungen, dass wir nicht umhin können, die Einstellung des Verfahrens lebhaft zu bedauern! In dem Schriftstück werden Verfehlungen mitgeteilt, die auf die Art und Weise, wie die Bergarbeiterbeamten nach Unglücksfällen hintergegangen werden und bezüglich des Radbodprozesses, auch anlässlich anderer Gelegenheiten, ein gretles Schlaglicht werden. Keiner wird mitgeteilt, wie sich Zeicheneinheiten gegenseitig mit Buchthaus bedrohen. Dann wird im Schriftstück gesagt, dass der Hydrant, der im Radbodprozeß eine so große Rolle spielt, erst nach dem Wassernotlage eingebaut werden wird!!! Das sind ja ungeheure Beschuldigungen, die mit der Einstellung des Verfahrens doch nicht abgetan sein können! Der falsche Steiger G., der Verfasser des Schriftstücks, ist doch auch verantwortlich! Wenn ja, so entsteht die Frage, ob er seine Aussagen aufrecht erhalten hat oder nicht. Und wenn das der Fall ist, welche Gründe haben die Staatsanwaltschaft bewogen, das Verfahren dann einzustellen? Nach nochmaliger Durchsicht des Schriftstücks können wir das einfach nicht verstehen! Uns ist übrigens zu Ohren gekommen, dass es noch weitere Leute geben soll, als wie sie von G. angekündigt werden, die behaupten, dass in der Tat der Hydrant nicht da war im Schacht oder vor dem Wassernotlage nicht eingeschaltet war!! Der ehemalige Steiger G. steht also, wie es scheint, nicht einmal

Sprengel-Nr.	Ort	Verband	Gewerkschaft	Polen
118a	Wittendorf-Mühle	78	108	-
126a	Katzenberg	219	202	-
126a	Strelitzbrück	88	166	-
126a	Stelle	68	145	-
126a	Hörst-Mühle	117	97	-
254a	Klern	105	182	-
287a	Wahl	89	124	-
288b	Gamboorn-Breukhausen	98	1	54
288b	Obermargloch	182	-	66
288b	Margloch	208	85	89
	<b>Summa:</b>	1187	1005	200

Von den etwa 840 Knappshäuschen des Ullg. Knappshäuschen gehörten dem Bergarbeiterverband nun 220 an, während der Rest sich auf den christlichen Gewerkschaften, die politische Berufskreisverein, den Geschäftsmannsverein und die Sozialpartei verteilten. Daraus ergibt sich, daß der Verband das Vertrauen der überwältigenden Mehrheit der Bergarbeiter besitzt.

### Gegen das Zentrum!

Die Zentrumspresse bringt unter dieser Überschrift einen Artikel, in dem sie sich gegen die Aussicht wendet, als habe das Zentrum bei der letzten Bergtagung ein falsches Spiel getrieben. Wenn die Bergarbeiter-Zeitung solches behauptet, sage sie die Unwahrheit. Nun, wir haben an Beispiele wie an Vergleichen gezeigt, wie sich nach einem gewissen Schema die Zentrumswarbeiter in Bergarbeiterfragen äußern bevor, als sie geführt haben. Unsere Beobachtungen zu widerlegen, dazu ist man zentrumssäßig bisher nicht in der Lage gewesen. Es bleibt also dabei, daß das Zentrum in Bergarbeiterfragen allzu oft Komödie spielt, wie das ja zu ihren Eigenschaften auch in vielen anderen Fragen gehört. Gegen diese Komödien spielen werden wir uns mit aller Entschiedenheit wenden.

In dem Artikel der Zentrumspresse, der von parlamentarischer Seite kommt, wird gesagt, die Zentrumspartei habe doch gute Anträge gestellt, sonst wäre bei der zweiten Sitzung des Bergtages der Abg. Leinert nicht erklärt haben, daß er keine Verbesserungsanträge zum Berggesetz stellen werde, weil die Mehrheit der Kommission diese doch niederrütteln und daß er für die Anträge des Zentrums stimmen werde. Wir stellen demgegenüber folgendes fest: Bei der zweiten Beratung des Gesetzes lag gegen 12 Uhr 20. sozialdemokratische Abänderungen an: vor, u. a. der folgende Antrag 591:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: an Stelle der Bestimmungen in den §§ 80 I und II, soweit sie die Sicherheitsmänner betreffen, treten folgende Bestimmungen:

Die Bergreviere werden in Kontrollbezirke eingeteilt und für jeden Bezirk ein aus der Mitte der beschäftigten Arbeiter gewählter Grubenkontrolleur bestellt. Die Bezirke dürfen nicht mehr als 2000 Mann Belegschaft umfassen.

Der Grubenkontrolleur hat die innerhalb seines Bezirks belegenen Gruben und Tagebauten sowie deren Nebenanlagen hinsichtlich der Sicherheit und Gesundheit der in ihnen beschäftigten Arbeiter zu kontrollieren und an den Untersuchungen über eingetretene Unfälle teilzunehmen. Die Werksverwaltung hat dem Grubenkontrolleur von dem Zeitpunkt der Unfalluntersuchung rechtzeitig Kenntnis zu geben.

Das Ergebnis seiner Untersuchungen hat der Grubenkontrolleur unmittelbar nach Beendigung der Befahrung in ein von der Werksverwaltung nach den Vorschriften des Oberbergamtes zu beschaffendes Fahrbuch einzutragen und der Behörde sofort Nachricht zu ertheilen. Die Eintragungen sind mit Tinte zu bemalen. Bei der Eintragung darf der Grubenkontrolleur nicht beaufsichtigt werden. Der Betriebsführer hat das Fahrbuch nach jeder Befahrung einzusehen; er ist befugt, seine Bemerkungen zu den Eintragungen zu machen.

Die Fahrlächer sind in einem dem Belegschaftsmitgliedern jederzeit zugänglichen Raum zur Einsicht für die Belegschaftsmitglieder und die Bergrevierbeamten aufzulegen.

Die Wahl der Grubenkontrolleure ist unmittelbar und geheim. Sie wird geleitet durch einen vom Oberbergamt zu bestimmenden Kommissar, der nicht Amtsträger (§ 74) sein darf. Die Stimme ist nicht von weißem Papier sein und dürfen äußere Kennzeichen nicht enthalten.

Wahlberechtigt ist jeder volljährige im Kontrollbezirk beschäftigte Arbeiter. Wahldatei ist, wer 25 Jahre alt ist, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sich befindet, die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt, fünf Jahre als Bauer und ein Jahr auf der oder den Gruben des betreffenden Kontrollbezirkes tätig war, in dem er als Kontrolleur gewählt wird. Die Wahlperiode beträgt mindestens ein und höchstens drei Jahre; Wiederwahl ist zulässig.

Der Wahltermin ist vier Wochen vor der Wahl vom Oberbergamt bekannt zu geben und die Bekanntmachung sofort durch Anschlag allein Wahlberechtigten zugänglich zu machen.

Die Grubenkontrolleure erhalten ihre Besoldung aus der Staatskasse.

Berlin, den 15. Mai 1909.

Borgmann, Heimann, Hirsch (Berlin), Hoffmann, Leinert, Ströbel.

Der zentralistisch-parlamentarische Berichterstatter behauptet aber, in der zweiten Beratung habe der sozialdemokratische Vertreter keinen Antrag gestellt. Was ist dann der Antrag 591, was sind die übrigen 19 Anträge? Wir bitten um Antwort! Und dann noch eine Frage. Der Antrag 591 deckt sich mit den Ansprüchen, die die Bergarbeiter aller Länder — außer einem Teil christlicher Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland — über die Arbeitsteilung bestimmen. Nur die Annahme dieses Antrages könnte es verhindern, daß das Gesetz nicht zur „weißen Salbe“ für die Bergarbeiter würde. Warum hat das Zentrum gegen die unabhängigen, mit den nötigen Rechten ausgestatteten Arbeiterkontrolleure gestimmt? Das Zentrum hat dagegen gestimmt, dabei bleibt es und es bleibt dabei, daß alle anderen Anträge des Zentrums von der sozialdemokratischen Partei nur zu Gunsten eines Zustand in der Arbeitsteilung zu schaffen, der den Bergleuten nur sehr wenig oder garnicht nützen wird. Das schließlich der Abgeordnete Leinert herauft und, nachdem die sozialdemokratischen Anträge niedergestimmt waren, für einige Anträge des Zentrumsparthei stimmt, die veränderte Regierungsvorlage ein wenig verbesserten, ändert an der Tatsache garnichts, daß das Zentrum dazu beigetragen hat, einem wissamen Bergarbeiterjung hinzuhalten in den Weg zu treten und die sozialdemokratischen Anträge niederzutampfen. Von den Nationalliberalen und Konservativen ist ja schließlich nichts anderes zu erwarten, als die Gegnerin zu einem vernünftigen Bergarbeiterrecht. Aber, wie das Zentrum, fortgesetzt den Mund voll nimmt und sich als die „etwaig wahren Arbeitsteilende“ hinstellen beliebt, von dem verlangen wir, daß er ehrliche Arbeitsteilung treibt und nicht Komödie spielt und nicht Anträge unter den Tisch trampeln hilft, die dem Bergarbeiterrecht am meisten dienen. Vernünftiger Bergarbeiterrecht oder weiße Salbe? Darum dreht es sich. Die Sozialdemokraten traten für ersteren ein, das Zentrum für das zweite. Da also!

### Revolution im christlichen Gewerkschaftslager.

Die großartigsten Arbeitserfüller der Welt, die Ibbusch, Eßert, Stegers, Vogelsang et tutti quanti haben tatsächlich seit etwa 5/4 Jahren die Führung des christlichen Gewerkschaftsverbandes allein in die Hand genommen. Und sie haben in dieser Zeit den Gewerkschaften so weit gebracht, daß die christlichen Gewerkschaftsmitglieder diese Führung nicht mehr anzutreten können! Da Veränderung, die die christlichen Mitglieder für ihre geborenen Söhne wünschen, die Söhne hegen, verlöschen, nachdem die tollen Strategen aus pure Weisheit sich auf den gewerkschaftlichen Holzschmiede legen, um da aus die Geschichte der europäischen Bergarbeiter allein zu leiten, dabei eine Ecke nach der anderen begehend. Wie kam es? Als die christlichen Strategen mit den bekannten Petitionen die Welt überraschten und ihnen die dazu nötigen Unterstützungen fehlten, stiegen sie durch den Schotterstein in das Verbandshaus hinein, erquerten die Unterstützungsversammlung mit einer Agitation gegen den Verband, ohne dessen Hilfe ihre Petition doch kluglich ausspielen zu können. Der Verband eincinnte an sein Hausrat, ließ die Trümmer aber gewähren, da man ja ein Interesse daran hatte, zu wissen, wohin die christliche Taktik führt. Und schließlich erlebten wir, daß christliche Gewerkschaftsführer gegen die eigenen Petitionsforderungenstellung nahmen. Nicht das erste Mal haben christliche Großen ihre eigenen Forderungen verfaßt und niedergelegt. Gleichzeitig eröffnete man den Kampf in der Spaniolafare gegen die Bergbausettlung und auch da erzielten sie den Ruhm des Falstaffs. Schön lehnten sie dann die Beteiligung an dem Bergarbeiterstag in Berlin ab. Allein wollten sie markieren, um den Bergarbeiterzirkus und was sie wünschten, wurde ihnen in die Hand gebracht: die weiße Salbe! Erstaunlich Augen schaute sie jetzt auf ihr Erfolg.

den 30.000 Mark-Flugblatt aus. Zur selben Zeit, wo sie sich über einen Streik, der Jahre zurückliegt, erbosten, wurden christliche Gewerkschaftsführer in Angriff gerapt, wie sie Gehirn im Kirchhof gegen die ihnen so verschworenen Bergarbeiter verbreiteten. Das war sehr schlimm. Mit seltsamem Geschick war ihnen dann bei Veröffentlichung der Jahresabrechnung ein „kleiner Junge“ in die Parade gefahren. Das Knäblein hatte in so schwieriger Zeit die Leitung des christlichen Gewerkschaftsverbandes in die Hand genommen und offenbarte mit großer Deutlichkeit Dinge, die ein durchaus Gelächter in der ganzen Gewerkschaftswelt hervorriefen. Das Gewerkschaftsleistung war blass, mehr noch die Gewerkschaftsmitglieder selbst. Allorts sang man an, an der so wunderbar zusammengefügten Taktik und Methode der Gewerkschaftsleitung zu zweifeln. Und die Folge ist, daß es jetzt in allen Enden und Ecken des Gewerkschaftsverbandes kracht, die Mitglieder zur Revolte schreiten. Es ist ein offenes Geheimnis, daß für die Gewerkschaftsleitung leicht bösere Tage angebrochen sind. In Mitgliederversammlungen wie in Konferenzen neigen die Gewerkschaftsmitglieder gegen ihre Leitung Stellung, verlangen über gewisse Dinge Ausklärung, die ihnen vielleicht nicht einmal gegeben wurde. So ist es gekommen, daß die jegliche Generalversammlung des Gewerkschaftsverbandes unter einem sehr ungünstlichen Stern tagen musste. Wir sind in der Lage, für heute einige Internas aus einer christlichen Vertrauensmänner-Konferenz, die im Reddinghauser Kreise tagte, mitzuteilen. Diese Konferenz, die am Sonntag, den 20. Juni, stattfand, beschäftigte sich unter anderem mit der Abrechnung des Gewerkschaftsverbandes. Die Mitglieder verlangten von Herrn Vogelsang, der den Gewerkschaftsvorstand vertrat, über dieses und jenes Ausklärung. Aber der sonst so kluge und resolute Geschäftsrat drückte sich derartig um die Antworten herum, daß die Vertrauensleute anfangen, krach zu schlagen! Vogelsang suchte sich dadurch zu wahren, daß er zunächst den Verantwortlichen der Konferenz abtannte. Sonst aber meinte er: „Leute, geht nicht nach der Hauptkasse, dort könne ich Ihnen, wie die Dinge liegen!“ Und als die Vertrauensleute immer noch nicht sich zufriedenstellten, erklärte er: „Meint Ihr, Ihr könnt mir auf den Kopf spucken, ich nehme meine Brüder zusammen und lasse Euch allein!“ Nun wurde man auf der andern Seite auch ruppig. Einige Minuten, Vogelsang sollte ruhig geben, andere erklärten, um das zu sagen, was gesagt worden ist, habe Vogelsang garantiert zu kommen brauchen. Es folgte rasch Vogelsang einem seiner Kameraden zu: „Du machst immer deine Revolutionsausgabe so weit los!“ Im übrigen habe der Gewerkschaftsvorstand noch große Ausgaben wegen des „Bergknappen“ gehabt. „Gutes und Gutes hätten im Saarrevier gleichfalls zuviel Geld ausgegeben und seien darum verboten worden!“ Aber man wollte im Gewerkschaftsverband dafür sorgen, daß die Beamten nicht soviel Geld mehr ausgeben!“ Nun aber drängten die Vertrauensleute, daß Vogelsang sagen sollte, was mit den verschleierten großen Ausgaben gemacht worden sei. Schließlich erklärte Vogelsang: „Im Saarrevier ging es der Gewerkschaftsvorstand zurück und man müsse dort Geld her hineinsticken. Eßert sei ja jetzt da und werde Ordnung schaffen!“ Als die Kumpels weiter fragten, woher die lange Reaktion entsteht, kame, da meinte der Geschäftsrat, daß er keine Zeit mehr habe, weil er anderweitig noch zu tun habe! Darob große Enttäuschung und die Beleidigung eines heiligen Schwurs, verschwiegene Gewerkschaftsbeamte wieder zur Feche schicken zu wollen! Das für heute. Mögen sich die Kameraden, christliche und unchristliche, zunächst an dieser Wiedergabe der uns zugegangenen Mitteilungen erfreuen.

**Unfreiwilliger Humor und Geschichtsfälschung.**  
In seinem Begrüßungsartikel, den der „Bergknappe“ der Generalversammlung des Gewerkschaftsverbandes in Saarbrücken widmet, wird festgestellt, daß der Gewerkschaftsverband ein Kämpfer für die deutsche Bergarbeiterseinigkeit ist!!! Die „Bergknappen“ leute haben sich da wohl selbst vergessen, als sie das schrieben!  
Ferner schreibt der „Bergknappe“ über den Rechtschutzverein der Saarbergleute im Anfang des neunziger Jahre:

„Der Rechtschutzverein konnte sich aber nicht halten, nicht zuletzt deshalb, weil die Sozialdemokratie ihn für ihre politischen Zwecke benutzen wollte.“  
Den Rechtschutzverein haben bekanntlich der Bischof von Trier, parlamentarische Zentrumsglieder, die M. Gladbach, der Zentralstellenleiter des Katholischen Volksverein in Hand und mit den saarabischen Industriekünigen und dem Fiskus eininiert. Nicht weil die führende und Mitglieder des Rechtschutzvereins Sozialdemokraten waren — sie waren zumeist sehr fromme Katholikenjünger — sondern weil der Rechtschutzverein nicht vor Räubern (Streiks) zurücktreten wollte, wenn es sich um die Verteidigung der Bergarbeiterrechte handelte. Wenn man das letztere sozialdemokratisch nennt, so kann uns das recht sein. Die frommen Zentrumsherren wollten nichts um 1 Uhr von Altkatholiken des Gewerkschaftsverbandes überlassen und mißhandelt worden seien. Dazu leistete sich der „Bergknappe“ folgenden Vortrag:

„Und wieviel hat der Verband für seine Mitglieder getan? Wir bitten um Antwort.“  
Wir halten es mit dem christlichen Grundsatz, der dem „Bergknappen“ allerdings fremd zu sein scheint, die Rechte soll nicht wissen, was die Linke tut und hängen nicht an die große Glocke, was wir für unsere Mitglieder getan haben. Mag sich der „Bergknappe“ bei diesen dann erkläre, daß seine Neugierde befriedigt wird. Die „heilige hohe“ Summe von 250 Mt. haben wir unseren Mitgliedern jedoch nicht angeboten. Wir hatten mitgeteilt, daß unser Kamerad Bartsch mit seiner 61jährigen Mutter, als sie von der Mutterstadt heimkehrte, nichts um 1 Uhr von Altkatholiken des Gewerkschaftsverbandes überlassen und mißhandelt worden seien. Dazu leistete sich der „Bergknappe“ folgenden Vortrag:

„Wenn 61jährige Mutter nachts um 1 Uhr noch den 1. Mai feiern, dann ist die Welt gerettet!!!“  
Nein, lieber „Bergknappe“! Die Welt ist gerettet, wenn ein Rechtschutzbeamter des Gewerkschaftsverbandes den ganzen Sonntag wie ein Hanswurst mit blauem Mütze bekleidet unter Pauken- und Trommelgeschlägen hinter allem möglichen Purzelbaum herläuft. Der „Bergknappe“ bestreitet weiter, daß es Christen gewesen sind, die unsern Kameraden Bartsch und seine Mutter überfielen und will die Namen der betreffenden wissen. Diesen Wunsch kommen wir gerne nach. Die Namen der „christlichen Helden“ sollen der Welt nicht vorbehalten bleiben; sie laufen: Wilhelm Wolters, Johann Kitter und Gustav Neumann. Hoffentlich ist der „Bergknappe“ nun zufrieden?

„Außerdem ist der Verband für seine Mitglieder getan?“  
Wir halten es mit dem Grundsatz, der dem „Bergknappen“ nicht, sondern 963 Mt. für seine durch Hochvater geschädigten Mitglieder, aber nur bei seinen Mitgliedern und Abonnenten gesammelt hat. Wir können dem „Bergknappen“ versetzen, daß man es nicht verschücht hat, auch bei Verbandsmitgliedern den Bettlack zu schwingen und trotzdem das läufige Ergebnis von 968 Mt. Das läuft die Stärke des Gewerkschaftsverbandes in reich eigenartiger Weise erscheinen. Voll Stolz berichtet der „Bergknappe“ auch, daß von dem gesammelten Geld pro Kopf der Familie die „fabelhafte“ Summe von — Leser halte den Atem an — 2,50 Mt. gezahlt wurde und stellt voller Selbstbewußtsein die Frage:

„Und wieviel hat der Verband für seine Mitglieder getan?“  
Wir halten es mit dem christlichen Grundsatz, der dem „Bergknappen“ nicht, sondern 963 Mt. für seine durch Hochvater geschädigten Mitglieder, aber nur bei seinen Mitgliedern und Abonnenten gesammelt hat. Wir können dem „Bergknappen“ versetzen, daß man es nicht verschücht hat, auch bei Verbandsmitgliedern den Bettlack zu schwingen und trotzdem das läufige Ergebnis von 968 Mt. Das läuft die Stärke des Gewerkschaftsverbandes in reich eigenartiger Weise erscheinen. Voll Stolz berichtet der „Bergknappe“ auch, daß von dem gesammelten Geld pro Kopf der Familie die „fabelhafte“ Summe von — Leser halte den Atem an — 2,50 Mt. gezahlt wurde und stellt voller Selbstbewußtsein die Frage:

„Außerdem ist der Verband für seine Mitglieder getan?“  
Wir halten es mit dem Grundsatz, der dem „Bergknappen“ nicht, sondern 963 Mt. für seine durch Hochvater geschädigten Mitglieder, aber nur bei seinen Mitgliedern und Abonnenten gesammelt hat. Wir können dem „Bergknappen“ versetzen, daß man es nicht verschücht hat, auch bei Verbandsmitgliedern den Bettlack zu schwingen und trotzdem das läufige Ergebnis von 968 Mt. Das läuft die Stärke des Gewerkschaftsverbandes in reich eigenartiger Weise erscheinen. Voll Stolz berichtet der „Bergknappe“ auch, daß von dem gesammelten Geld pro Kopf der Familie die „fabelhafte“ Summe von — Leser halte den Atem an — 2,50 Mt. gezahlt wurde und stellt voller Selbstbewußtsein die Frage:

„Außerdem ist der Verband für seine Mitglieder getan?“  
Wir halten es mit dem Grundsatz, der dem „Bergknappen“ nicht, sondern 963 Mt. für seine durch Hochvater geschädigten Mitglieder, aber nur bei seinen Mitgliedern und Abonnenten gesammelt hat. Wir können dem „Bergknappen“ versetzen, daß man es nicht verschücht hat, auch bei Verbandsmitgliedern den Bettlack zu schwingen und trotzdem das läufige Ergebnis von 968 Mt. Das läuft die Stärke des Gewerkschaftsverbandes in reich eigenartiger Weise erscheinen. Voll Stolz berichtet der „Bergknappe“ auch, daß von dem gesammelten Geld pro Kopf der Familie die „fabelhafte“ Summe von — Leser halte den Atem an — 2,50 Mt. gezahlt wurde und stellt voller Selbstbewußtsein die Frage:

„Außerdem ist der Verband für seine Mitglieder getan?“  
Wir halten es mit dem Grundsatz, der dem „Bergknappen“ nicht, sondern 963 Mt. für seine durch Hochvater geschädigten Mitglieder, aber nur bei seinen Mitgliedern und Abonnenten gesammelt hat. Wir können dem „Bergknappen“ versetzen, daß man es nicht verschücht hat, auch bei Verbandsmitgliedern den Bettlack zu schwingen und trotzdem das läufige Ergebnis von 968 Mt. Das läuft die Stärke des Gewerkschaftsverbandes in reich eigenartiger Weise erscheinen. Voll Stolz berichtet der „Bergknappe“ auch, daß von dem gesammelten Geld pro Kopf der Familie die „fabelhafte“ Summe von — Leser halte den Atem an — 2,50 Mt. gezahlt wurde und stellt voller Selbstbewußtsein die Frage:

„Außerdem ist der Verband für seine Mitglieder getan?“  
Wir halten es mit dem Grundsatz, der dem „Bergknappen“ nicht, sondern 963 Mt. für seine durch Hochvater geschädigten Mitglieder, aber nur bei seinen Mitgliedern und Abonnenten gesammelt hat. Wir können dem „Bergknappen“ versetzen, daß man es nicht verschücht hat, auch bei Verbandsmitgliedern den Bettlack zu schwingen und trotzdem das läufige Ergebnis von 968 Mt. Das läuft die Stärke des Gewerkschaftsverbandes in reich eigenartiger Weise erscheinen. Voll Stolz berichtet der „Bergknappe“ auch, daß von dem gesammelten Geld pro Kopf der Familie die „fabelhafte“ Summe von — Leser halte den Atem an — 2,50 Mt. gezahlt wurde und stellt voller Selbstbewußtsein die Frage:

„Außerdem ist der Verband für seine Mitglieder getan?“  
Wir halten es mit dem Grundsatz, der dem „Bergknappen“ nicht, sondern 963 Mt. für seine durch Hochvater geschädigten Mitglieder, aber nur bei seinen Mitgliedern und Abonnenten gesammelt hat. Wir können dem „Bergknappen“ versetzen, daß man es nicht verschücht hat, auch bei Verbandsmitgliedern den Bettlack zu schwingen und trotzdem das läufige Ergebnis von 968 Mt. Das läuft die Stärke des Gewerkschaftsverbandes in reich eigenartiger Weise erscheinen. Voll Stolz berichtet der „Bergknappe“ auch, daß von dem gesammelten Geld pro Kopf der Familie die „fabelhafte“ Summe von — Leser halte den Atem an — 2,50 Mt. gezahlt wurde und stellt voller Selbstbewußtsein die Frage:

„Außerdem ist der Verband für seine Mitglieder getan?“  
Wir halten es mit dem Grundsatz, der dem „Bergknappen

zuge, daß auch noch ein großer Teil der anderen Mitglieder dasselbe tun. Wir könnten dem Herrn vertraten, daß kein Knappenschaftsarzt solche Posten zu vergeben hat. Die Knappenschaftsältesten werden von den Knappenschaftsmitgliedern und die Vorstandssätesten von den Knappenschaftsältesten gewählt und diese lassen sich weder vor der Meinung eines Knappenschaftsältesten noch des Knappenschaftsverbandes bestimmen. Der Herr mag sich also seine Liebesmüh nach der Richtung sparen. In seinem eigenen Interesse aber möchten wir den Herrn ersuchen, von seinem bisherigen Tun abzulassen. Die kranken Mitglieder der Knappenschaftskasse kommen zu ihm, um den Rat und die Hilfe des Arztes in Anspruch zu nehmen, nicht um sich in ihrer Überzeugung aufzutun einer bestimmten Partei beeinflussen zu lassen. Geschieht das dennoch, so untergräßt der Arzt damit selbst das Vertrauen, welches er bei seinen Patienten notwendigerweise besitzt. Das kann aber für den Haltungssprozeß nur von den nachteiligsten Folgen sein zum Schaden der Knappenschaftskasse und der in Frage kommenden Knappenschaftsmitglieder. Auch aus diesem Grunde ersuchen wir die Aufsichtsbehörde dem Herrn beigeistigt zu machen, was seines Untes ist.

**Nette.** Die Agitatoren des Gewerkschaftsvereins wenden hier alle Mittel an, nicht etwa, um Nichtorganisierte zu gewinnen, sondern um unseren Verband die Mitglieder abzutrennen. Eine ihrer beliebtesten geistigen Waffen ist die Drohung, daß unsere Mitglieder von der Gewerkschaft ausgeschlossen würden, falls sie nicht zum Gewerkschaftsverein übertragen werden. Das Verhältnis zwischen beide und Gewerkschaft ist also sehr intim, so daß der Name Bechtem-Gewerkschaft durchaus angebracht ist. Zu einem andern Verbandskameraden kamen gleich drei Gewerkschaftsagitatoren auf einmal und verlangten das Verbandsbuch. Dieser, der die Gewerkschaftsagitatoren nicht launte, glaubte, daß es sich um eine Revision der Mitgliedsbücher seitens unserer Bürosstelle handelte und händigte das Buch ahnunglos aus. Sein Erfassen war daher sehr groß, als ihm eines Tages ein Mitgliedsbuch des Gewerkschaftsvereins ausgehändigt wurde. Selbstverständlich hatte unter Verbandskamerad keine Lust, sich auf diese mehr als zweifelhafte Weise kapern zu lassen, sondern blieb dem Verbande treu. Solche Vorkommnisse gelten aber, mit welchen unsauberen Mitteln die Professentenmacher für den Zentrums-Gewerkschaftsverein betrieben wird.

## Oberbergamtsbezirk Bonn.

### Prozeß Harsch contra Schlosser.

Um 14. Juni standen vor dem Schöffengericht in Uachen als Kläger der Bezirksleiter des Zentrums-Gewerkschaftsvereins Harsch, als Angeklagter der Bergarbeiterverbandes Schlosser. Durch ein Flugblatt des Bergarbeiterverbandes hatte Harsch sich beleidigt gefühlten. Am Gericht mußte der übergläubige Zentrumsagitator sich sagen lassen, daß seine Anglätter weit schlimmere Beleidigungen entstehen. Schlosser hatte deshalb gegen Harsch auch Gegenklage erhoben. Harsch war aber der Ansicht, daß seine Beleidigungen versahrt seien. Vom Richter mußte er sich aber sagen lassen, daß dies nicht der Fall sei. Nachdem Harsch, die ihn gewiß nicht angenehme Beleidigung erhalten hatte, sagte er ein, welche Dummheit er mit seiner Klage wieder begangen hatte. Er erklärte sich bereit, die gegen Schlosser ausgestreuten Beleidigungen zurück zu nehmen, er willigte mit Schlosser die Erklärung, daß dieser nicht behauptet, daß er — Harsch — Gelder des Zentrums-Gewerkschaftsvereins für seine Privatzwecke verwende und daß Schlosser ebenfalls nicht behauptet, daß er — Harsch — vom Meijger M. bestochen worden sei. Die Klage nahm Harsch zurück und übernahm die Hälfte der Gerichtskosten und die ihm erwachsenen Kosten. Schlosser konnte die gewünschte Erklärung mit ruhigem Gemüse geben, indem eine derartige Behauptung in dem unter Anklage gestellten Flugblatt nicht enthalten war. Harsch hat selbst angegeben, daß er ein Mitglied des Zentrums-Gewerkschaftsvereins über 300 M. als Ertrag für verbummelten Rechtschluß ausgeschahlt hat. In dem Flugblatt war die Frage gestellt, woher Harsch dieses Geld wohl habe. Daß er es aus der Kasse des Zentrums-Gewerkschaftsvereins habe, war also nicht behauptet. Harsch gibt an, dies Geld aus seiner Privatkasse gezahlt zu haben. Schlosser erklärte sich bereit, zu erklären, daß er nicht behauptet habe und nicht behaupten wolle, daß Harsch dieses Geld von Geldern des Zentrums-Gewerkschaftsvereins unterschlagen habe. „Zum Flugblatt war, um festzustellen wie im Zentrums-Gewerkschaftsverein über ihren Beamten gesprochen wird, und um diesen klar zu machen, daß er alle Unfache habe, sich etwas weniger mit dem Bergarbeiterverband zu befassen, dafür aber in den eigenen Reihen etwas mehr Unfache zu halten, weiter gesagt, daß der Meijgermeister M., gewesenes Mitglied des Zentrums-Gewerkschaftsvereins, gesagt habe: „So lange er Harsch die Taschen mit Wurst gefüllt habe sei alles gut gewesen.“ Nun vollportieren die Zentrums-Gewerkschaftsvereine, Schlosser habe erklärt, daß M. diese Behauptung nicht aufgestellt habe. Dies ist nicht wahr, Schlosser hat vielmehr vor Gericht erklärt, daß durch Zeugen bewiesen werden könnte, daß M. solche Aussagen gemacht habe; er (Schlosser) habe aber nicht behauptet und wollte nicht behaupten, daß Harsch wirklich von M. bestochen worden sei. Dies hat auch nicht im Flugblatt gestanden. Wie waren auf diese Prozeßgeschichte nicht sofort eingegangen, wenn nicht in der Zentrums-Presse und im „Bergkappen“ die Sache so dargestellt worden wäre, als wenn der Bergarbeiterverband eine Nebelage erlitte hätte. Der Gladbachische Verbrechungsapparat ist wieder mal in Funktion getreten.“ Vor Gericht erklärte Harsch sich bereit, die persönlichen Geschäftigkeiten einzustellen, denn, so sagte er: „wenn die Verbände sich gegenseitig streiten, davon profitieren nur die Werksbesitzer.“ Zwei Tage nachher geht die Hege gegen den Bergarbeiterverband wieder von neuem los. Wie soll ein Mensch zu den Erklärungen solcher Leute noch Vertrauen haben?

Um jedes Gebläß im Lager des Zentrums-Gewerkschaftsvereins ein Ende zu bereiten, müssen wir kurz feststellen:

1. Harsch hat die Klage gegen Schlosser zurückgezogen und sich bereit erklärt seine Kosten und die Hälfte der Gerichtskosten zu übernehmen.
2. Harsch hat die gegen Schlosser ausgestreuten Beleidigungen zurückgenommen.
3. Harsch hat selbst zugegeben, daß das Mitglied des Zentrums-Gewerkschaftsvereins über 300 M. von Harsch für verbummelten Rechtschluß erhalten hat.
4. Schlosser hat nicht erklärt, daß der Meijger M. die Aussagen über Harsch nicht genannt haben soll.
5. Harsch hat vor Gericht selbst eingestanden, daß durch das Streiten der Verbände nur die Werksbesitzer profitieren und zwei Tage nachher wird von derselben Seite die Hege gegen den Bergarbeiterverband wieder von neuem aufgenommen.

Die Blamage, die Harsch sich durch seine Klage geholt hat, soll durch erneutes Schimpfen auf den Verband vertuscht werden, deshalb der Spiegel in der Zentrums-Presse. Wir bedauern sehr, daß durch den Zentrums-Gewerkschaftsverein gerade im Wurmrevier der Bruderkampf so auf die Spitze getrieben wird. Man sollte meinen, daß auch für den Zentrums-Gewerkschaftsverein im Wurmrevier Arbeit genug vorhanden sei, ohne stets und ständig auf den Verband zu schimpfen, wenn er es ernst mit der Arbeitssache meinte. Durch ein einheitliches und gemeinsames Vorgehen der Bergarbeiter wäre manche Verbesserung herzu führen. Wir erinnern nur an das ungeheure Straßengefängnis, wo doch auf den paar Gruben im letzten Jahre über 40 000 M. Strafe eingehalten wurden, jerner, daß im Niederrheinischen Revier durchschnittlich eine Stunde länger gearbeitet wird wie im Wurmrevier. Auch könnte eine öftere Rohrgahrung herbeigeführt werden, dann endlich den Bergsystem ein Ende bereitet würde usw. usw. Aber von einem gemeinsamen Vorgehen der Bergarbeiter wollen die Zentrumsagitatoren im Gewerkschaftsverein nichts wissen, des Schimpfens und Verleumdens des Bergarbeiterverbandes betrachten sie für notwendiger. Wann werden die Kameraden im Zentrums-Gewerkschaftsverein dies einsehen und eine Aenderung schaffen??

## Provinz Sachsen.

### Einen schönen Erfolg

erreichte unser Verband bei der Knappenschaftsältestenwahl auf dem Robertshöchst bei Deutschenthal. Die drei Verbandskandidaten wurden mit 189 Stimmen gewählt. Gegenkandidaten waren nicht aufgestellt, ein Beweis, daß man es für vergebliche Viehessühe hält, unseren Kameraden das Mandat streitig zu machen.

## Oberbergamtsbezirk Breslau.

### Gustav Ermert in bengalischer Beleuchtung.

Mit dieser gelben, von den Waldenburger Grubenherren ausgetragenen „Ordnungsfürst“ M. Gladbach-Oberhanslau haben wir uns schon häufig beschäftigen müssen. Der Mann glaubt nämlich, seinen von den Grubenherren gezahlten Gold von jährlich 5000 M. am besten durch Verunglimpfung unseres Verbandes und seiner Mitglieder zu bestrafen.

verdienen zu können. Als wir ihm diesbezüglich wiederholte etwas derbe auf die Finger klopften und das wahre Gesicht dieses gelben „Chenmannes“ aller Welt entstellten, fühlte er sich angeblich beleidigt und lief zum Stab. Dabei erntete er aber keine Vorbeeren, denn in der Verhandlung vor dem Waldenburger Strafammer als Berufungsinstant am 31. Oktober 1908 wurde folgendes erwieisen:

„Im Jahre 1904, als Ermert noch Geschäftsführer des Eiserfelder Knappenschaftsältesten war, wandte er sich hinter dem Rücken des Aufsichtsrats an die Firma Wallroth in Düsseldorf mit dem Verlangen, ihm eine Provision von drei Prozent zu bewilligen, dann wolle er dafür sorgen, daß sie die Lieferungen an den Konsum exhielte. Der Aufsichtsrat belohnte diesen „Provisionsvorliebe“ Ermerts Wind mit briefl am späteren Abend noch eine außerordentliche Sitzung ein, deren Folge war, daß Ermert seinen Posten als Geschäftsführer „freiwillig“ niedergelegt mußte.“

Ermert wurde weiter, daß Ermert als Leiter eines christlich-sozialen Vereins am 8. April 1904 bei dem von ihm als „sozialdemokratisch“ verschlungen Bergarbeiterverbande einen Eisenpump von 20 000 M. verloren hatte.

Auch befundete Zeuge Leimpeters, daß bei einer gelegentlichen Ausstellungskunst in Eiserfeld Ermert ihm gesagt habe, daß er den Standpunkt der „Unstiller“ Sie und Leimpeters, wie diese in der „umstürzlerischen“ „Bergarbeiter-Zeitung“ vertreten, teile, daß er aber in diesem Sinne nicht öffentlich hervortreten könne, weil er als Mitglied des Kreisgerichts und mit Rücksicht auf seine Stellung als Leiter des Konsumvereins, die er dann verlieren würde, zurückstehen müsse.“

Nach dem schriftlich vorliegenden Urteil erhielt daraufhin Ermert von der Waldenburger Strafammer über seinen beim Bergarbeiterverband versuchten Eisenpump u. a. folgendes attestiert:

„Immerhin aber muß es bestreiten erregen, daß der Privatkläger als Leiter eines christlich-sozialen Vereins ein so erhebliches Darlehen bei einer in der Öffentlichkeit von ihm schief beleidigten sozialdemokratischen Organisation aufzunehmen, beabsichtigte.“

Lebte die Provisionsliebe Ermerts wird in dem Urteil u. a. gefragt: „Sein Verhalten in diesem Falle erscheint deshalb — wenn er auch tatsächlich nichts unrechtes getan hat — in moralischer Beziehung anstößig, es hat auch sehr natürlich in dem Eiserfelder Konsumverein starke Missbilligung erregt und den — freiwilligen oder unfreiwilligen — Rücktritt Ermerts zur Folge gehabt.“

Als moralisch Gerichteter hat Ermert also die Rollen des Gerichtes verlassen, sein Verhalten wurde als moralisch anstößig gekennzeichnet.

Die „Dresdner Volkswoche“ kann nun in ihrer Nr. 144 vom 24. Juni das folgende hochinteressante Dokument veröffentlichen, dessen Unterzeichner der Direktor der Gruben des Fürsten Pleß (Waldenburger Revier) ist:

1. Mit einem Herrn vom Reichsverband und Ermert ist gestern Herausgebung der Geschäftszeitung vereinbart worden. Ermert will auch für 5000 M. die Stelle übernehmen, beansprucht dann auch längere Anstellung auf 3 oder 5 Jahre, Entzug der Zugangskosten für Ferien und eventuell auch für die Rücksicht, falls eine fellhere Lösung des Verhältnisses eintreten sollte.“

Da auch 5000 M. nach außen hin noch recht hoch erscheinen, so ist mit Ermert vereinbart worden, daß er beim Verbande nur 8000 Mark fordert, für die weiteren 2000 M. aber anderweit — etwa seitens des Bergbauischen Vereins Sicherheit bekommt. Am liebsten macht Ermert einen vorzüglichen Eindruck und erscheint für die Stelle unbedenklich geeignet.

2. Die Mitteilungen des Reichsverbandes über ihn werben dem Bergbauischen Verein, dem Landrat (natürlich), dem Arbeitserwohlverein mitzuteilen sein.

3. Es beginnt in Berlin zunächst ein neuer Reduktkursus, zu dem auf Wunsch Seiner Durchlaucht des Prinzen Leute von uns geschickt werden sollen.

4. Zum Vortrag bei Seiner Durchlaucht. Steinendorff.“

Daneben geht demselben Blatte noch ein sauberer Protokoll über die Vorstandssitzung des Vereins der niederschlesischen Grubenkapitalisten vom 9. Mai 1907 zu, die sich in liebenswürdiger Weise mit den finanziellen Verhältnissen des Arbeitersführers Ermert beschäftigt:

„Zu Punkt 4 der Tagesordnung kam das Gefüge des Arbeitersführers Ermert um Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten zweier Reisen in Angelegenheiten der Gründung eines Verbandes reichstreuer Arbeiter für Deutschland zur Verleistung.“

Für wiederkomende gleiche Fälle wurde es als zweckmäßig angesehen, die Reiseförderung für Herrn Ermert ein — für allemal fest zu bestimmen. Demgemäß wurden an Tagelönen 10 M. und an Reisekosten das Fahrgeld der dritten Eisenbahngattung bewilligt. Auf den vorliegenden Fall angewendet, sind diese Kosten für eine Reise nach Frankfurt a. M. für vier Tage und für eine Reise nach Berlin auf drei Tage zu berechnen. Die von Herrn Ermert gleichzeitig erbetenen Mittel zur Reise nach Berlin für vier bis fünf Delegierte der reichstreuen Bergarbeiterverbände im niederschlesischen Revier werden in derselben Höhe und demselben Betrage für jeden Teilnehmer (bis höchstens fünf) bewilligt.

Verein für die bergbauischen Interessen Niederschlesiens.

Anwesend: Dr. Grünenberg, Schulte, Möller, Heintke, Tittel, Röhner, Bolzer, Arends, Hammer.“

Nun weiß man, was von der Verichtigung des Herrn Ermert zu halten ist, die er der „Bergarbeiter-Zeitung“ sandte, und die mit den Worten begann:

1. Es ist unwahr, daß ich als Sekretär des Reichstreuen Bergarbeiterverbandes 5000 Mark Gehalt beziehe, sondern laut Anstellungsvortrag beträgt mein Gehalt 3000 Mark.

Laut Anstellungsvortrag — der Mann sagt die Wahrheit! Die weiteren 2000 Mark bekommt er von den Grubenköpfen (aus dem Mehrwert der Arbeit) direkt ausbezahlt, ebenso die Reisekosten und Dienäste, die er „im Interesse der Arbeiter“ verbraucht. Welche Leistungen das Kapital von seinem ausgetretenen Diener dafür verlangt, darüber informiert das folgende Dokument, an welches die Deßentlichkeit erinnert sei:

Geehrter Herr Ermert!

Im Anschluß an die letzte Unterredung mit Ihnen habe ich mir die Frage der Stellungnahme des Arbeitnehmerverbandes zu den Streits noch einmal im Hinblick auf die im Laufe der Unterhaltung von Ihnen erwähnte wirtschaftliche Unterstützung dieses Arbeitnehmerverbandes überlegt. Ich bin dabei zu dem Schluss gekommen, daß eine derartige Unterstützung von hier aus nicht in Aussicht genommen werden kann, solange der Verein in den Sitzungen den Streit als zulässige Möglichkeit aufzählt, und erfülle Sie deshalb, nicht nur mit Rücksicht auf eine Unterstützung, sondern im Hinblick auf die Stellungnahme des sicherlich überwiegenden Teiles des Arbeitnehmerverbandes zu dem neuen Bunde überhaupt dringend dahin zu wirken, daß diejenige den Streit nicht direkt abwendende Bestimmung aus Ihren Sitzungen herauskommt und daß ein direkter Beschluß gefasst wird, wonach die Streitgrund fälschlich genehmigt und von Seiten des Bundes nicht unterstützt werden. Es ist das, wie ich Ihnen ja schon mündlich anfuhrte, meiner Überzeugung nach unabdingt nötig, wenn der Bunde eine andere Würdigung seitens der Arbeitgeber erlangen will, wie sie die christlichen Gewerkschaften, schließlich auch die Kirch-Dunkerischen Verbände zurzeit haben, was ich im Interesse der Sache für außerordentlich wünschenswert halte möchte.“

Hochachtungsvoll ergebenst

K. Steinendorff.“

Wie der Herr, so's Geschert! Sie sind einander wert, Herren und Knecht, das beweisen diese Dokumente.

## Lohnbewegungen und Streiks.

Bittel. Wie wir schon in der letzten Nummer unserer Zeitung mitteilten, haben die Arbeiter der Grube Zur guten Hoffnung ihre Kündigung eingereicht und sind jetzt in den Ausstand getreten. Die ganze Belegschaft zählt nur 48 Mann unter und über Tage, von denen 35, d. h. alle, die bei der Produktion und Förderung tätig sind, in den Ausstand traten. Die Ursache des Streits ist ein Anschlag, wodurch den Arbeitern bekannt gegeben wurde, daß die verschiedenen Nebenarbeiten wie Holzbauen und räumen usw. nicht mehr bezahlt werden sollen. Dadurch erledigen die einzelnen Kameraden (zwei Mann) einen Lohnausfall bis zu 7 M. pro Woche. Auch die Bedinge sind reduziert worden, sodass die Hauer höchstens nur noch einen Lohn bis zu 2,50 M. pro Schicht verdienen. Die Grubenherren sind es also, welche die Arbeiter durch ihre rücksichtlose Praktik in den Ausstand trieben.

Brudergabe. Der Streit auf der dem Fürsten Pleß gehörenden Brudergabe in Oberschlesien, über den wir schon in vorheriger Nummer berichteten, dauert unverändert fort. Die Arbeiter fordern etwas Lohnzulage, mehr Bohrmaschinen, bessere Behandlung und Ordnung. Trotzdem die Löhne sehr niedrig sind und Hauerlöhne von 2,80 M.

pro Schicht verdient werden, hat die Verwaltung die minimalen Forderungen der Arbeiter bisher völlig ignoriert. Das Oberbergamt Breslau wurde von den Arbeitern zur Vermittlung angerufen. Die Direktion hat diese Vermittlung aber schroff abgelehnt. Die katholischen Facharbeiter versuchten Streitbrecherdienste zu leisten, aber trotz des Erfolgs ihres führenden Musstol haben sie damit bisher keinen Erfolg gehabt. Zu einer von Musstol unter freiem Himmel einberufenen Versammlung waren sechs Bauern und zwei Bergbaupolizisten erschienen, mit denen allerdings nichts anzufangen war. Hoffentlich lernt die Grubenverwaltung bald einsiehen, daß es auch in ihrem Interesse besser ist, wenn sie von ihrem Herzenstandpunkt abläßt und den Arbeitern entgegenkommt.

### Achtung! Verbandsmitglieder. Achtung!

Die Geschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung, von Otto Hue, wird voraussichtlich im Frühjahr 1910 zur Ausgabe gelangen. Damit wird ein langgehegter Wunsch erfüllt.

Das Werk wird in zwei Bänden, gut gebunden, jeder Band 400 bis 500 Seiten stark, erscheinen. Nach den vorläufigen Ausgaben wird enthalten, Band I: Darstellung des Bergbaues und der verwandten Hüttenindustrie im Altertum (Ägypten, Karthago, Griechenland, römische Weltreich), das Sklaventum der Bergleute, ihre barbarische Drauselalterung durch einen humanitären Großkapitalismus, ihre verzweifelten Aufstände usw. In der II. Abteilung des ersten Bandes gelangen die Bergbau- und Bergarbeiterverhältnisse im alten Germanien, sodann die bergbaulichen Zustände und sehr ausführlich die für unsere Zeit außerordentlich lehrreichen bevorstehenden Verhältnisse der deutschen Bergkuppen und Hüttenarbeiter im Mittelalter zur Darstellung. Gestützt auf ein reiches Quellenmaterial, werden die sozialbürgerlichen und kommunalen Bergrechte der Gruppen, ebenso ihre unerlässlichen Organisationsversuche in der neuzeitlichen Bergarbeiterbewegung geschildert.

Wer die gegezwürtigen Kämpfe und Forderungen der Bergarbeiter voll verstehen und begründen will, der muß die mittelalterlichen Bergbau- und Hüttenzustände kennen, denn hier liegt die Erklärung für die eigenartigen Erscheinungen in der neuzeitlichen Bergarbeiterbewegung.

Band II wird enthalten die Schilderung der Bergbau- und Bergarbeiterverhältnisse in der neuen Zeit, unter der Gestaltung des sogenannten „freien Arbeitsvertrages“. Es wird gezeigt, wie der „freie Arbeitsvertrag“ zu verfehlt ist als die Entstehung des Großkapitalismus zwecks schrankenloser Ausbeutung der Erdölzäsuren und der Arbeiter. Geschildert wird, wie Stück um Stück die alten Knappenrechte dem Kapitalismus zum Opfer fielen, wie die Schichten verlängert, die alten Vorurteile über Geduldsfeste, Wohnzulagen und Bergkontrollen abgeschafft wurden, infolgedessen die heute zutage getretenen körperlichen Verleidungen der Bergarbeiter und die Massenverunglückungen (Burgkler Schächte, Campahsen, Neu-Hörste, Blumenthal, Frankenholz, Wrangelschacht, Brüderbergshacht, Hibernia, Karolineburg, Borussia, Nieden, Klein-Nossen, Radbod usw.) naturnotwendig kommen mußten.

Diesgleichen wird, und zwar sehr eingehend, die allmäßliche Entwicklung der Bergleute in der Verwaltung der Knappenschaftsklassen dargelegt

